II. REGIERUNG

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber: Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher

Die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise aus dem Jahr 2009 im Generellen sowie von der Finanzplatzagenda im Besonderen prägten auch dieses Berichtsjahr. Die dadurch ausgelöste Notwendigkeit, den Staatshaushalt neu auszurichten und den Finanzplatz neu zu positionieren, wirkt sich auf den Wirtschaftsplatz wie auf die Staatsführung langfristig aus. Demzufolge konzentrierte sich die Regierung auf die Erarbeitung des Strategiepapiers für Liechtenstein, die «Agenda 2020». Als zentrale Herausforderungen für den Staat erweisen sich die Regierungs- und Verwaltungsreform, die Schaffung einer strukturierten Führungskultur sowie der nachhaltige Umgang mit dem Staatshaushalt unter Einbezug der Kostenstruktur in der Verwaltung.

Agenda 2020

Im Koalitionsvertrag für die Mandatsperiode 2009 bis 2013 zwischen der Vaterländischen Union und der Fortschrittlichen Bürgerpartei vom 10. März 2009 wurde festgehalten: «Mit dem gemeinsamen Koalitionsprogramm schaffen die Koalitionspartner die Grundlage für die inhaltliche Zusammenarbeit mit messbaren und transparenten politischen Schwerpunkten. Darüber hinaus verpflichten sich die Koalitionspartner, in einem Regierungsprogramm das Koalitionsprogramm und allenfalls weitere Inhalte umzusetzen.»

Die Regierung hat eine Regierungsklausur in Form von mehreren Workshops zu den Themen Arbeitsmethodik, Regierungs- und Verwaltungsreform sowie Regierungsprogramm abgehalten. Diese wurden von einem externen Experten moderiert. Die Agenda 2020 wurde im Oktober 2010 der Öffentlichkeit vorgestellt und verschiedenen Adressaten wie Gemeinden, Parteien, der Universität Liechtenstein, Verbänden zugestellt mit der Anregung, sich an der Umsetzung der Agenda 2020 zu beteiligen. In der Agenda 2020 legt die Regierung dar, wo und wie sie handeln möchte, damit Liechtenstein auch in Zukunft ein Land mit hohem Wohlstand, hoher Lebensqualität und hoher sozialer Sicherheit bleibt.

Das ressortübergreifende strategische Steuerungsinstrument setzt den Fokus auf die wichtigsten Herausforderungen, die von der Regierung mittel- und längerfristig zu lösen sind. Gleichzeitig antwortet die Agenda 2020 darauf mit der Formulierung von sechs strategischen Zielen, die auf der Grundlage einer umfassenden Analyse der Ausgangssituation festgelegt worden sind:

- Chancen des Kleinstaates in der Internationalisierung nützen
- innenpolitische Handlungsfähigkeit erhöhen
- fiskalpolitische Handlungsfähigkeit erhalten
- Wirtschaftsstandort stärken
- natürliche Lebensgrundlagen sichern
- Lebensqualität erhöhen

Die sechs strategischen Ziele der Agenda 2020 beruhen auf einem Wertefundament, das von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Liechtenstein gemeinsam gelebt und getragen wird. Das Wertefundament Liechtensteins besteht dabei aus den drei «Werte-Clustern» Selbstbestimmung, Sicherheit und Humanismus. Die Agenda 2020 bezieht bewusst nicht zu allen Themen der weiteren Entwicklung Liechtensteins Stellung, sondern konzentriert sich auf die wichtigsten Handlungsfelder. Unter dieser Betrachtung ist klar, dass eine Legislaturperiode zu kurz bemessen ist, um den strategischen Herausforderungen erfolgreich begegnen zu können. Trotz des Anspruchs auf Langfristigkeit ist die Agenda 2020 kein statisches Dokument. Sie muss periodisch überprüft und laufend weiterentwickelt werden. Die Agenda 2020 soll die längerfristige Perspektive der Regierung stärken und legt damit die Basis für eine - von Wahlzyklen unabhängige – agierende und nicht nur reagierende Politik. Mit der Agenda 2020 sollen auch die Stabilität und Verlässlichkeit des politischen Systems erhöht werden. Zur Konkretisierung und Umsetzung der Ziele und Handlungsfelder der Agenda 2020 leitet die Regierung in Zusammenarbeit mit den Ämtern Jahresprogramme und -ziele sowie Projekte ab. Dieser Prozess ist gestartet worden.

Internationaler Expertenrat

Der Aussenpolitische Expertenrat wurde in einen Internationalen Expertenrat überführt. Die Regierung ist der Ansicht, dass mit der Agenda 2020 der strategische Kompass für das Land Liechtenstein gegeben ist. Hingegen zeigen die sechs strategischen Zielsetzungen, dass die Herausforderungen komplex sind und sich daher nur ressortübergreifend bearbeiten lassen. Hierbei soll der Internationale Expertenrat die Regierung unterstützen und auch Garant sein, dass über die Jahre die wesentlichen Zielsetzungen der Agenda 2020 nicht verloren gehen oder notwendige Anpassungen auch mit dem richtigen Augenmerk vorgenommen werden.

Regierungs- und Verwaltungsreform

Nachdem sich die Regierung in der Vergangenheit anlässlich von verschiedenen Sitzungen und Klausurtagungen mit der Frage einer künftigen Regierungs- und Verwaltungsreform auseinandergesetzt hat, beauftragte sie im Frühjahr des Berichtjahres ein Projektteam mit der Erarbeitung des konkreten Rahmens für die Regierungsreform sowie der Grundzüge für die Verwaltungsreform. Die Projektgruppe hat der Regierung nach der Sommerpause einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet. Der Vorschlag geht davon aus, dass die heute fünfzehn Regierungsressorts zu fünf Schwerpunktressorts zusammengeführt werden. Diese Schwerpunktressorts sollen eine einheitliche Organisationsstruktur erhalten und mit einem Generalsekretariat ausgestattet werden. Die Struktur und die personelle Besetzung sollen soweit möglich über die einzelnen Legislaturperioden hinaus erhalten bleiben, damit die sachlichen Ziele der Regierungsre-

form (Kontinuität in den Ressorts, eindeutige Unterstellungen, Wissenserhaltung, etc.) erreicht werden können. Die Regierung hat im November die vom Projektteam vorgelegten Grundsätze für die Reorganisation sowie die detaillierten Organisationsvorschläge genehmigt. Sie hat weiters die vom Projektteam erarbeiteten Grundsätze für eine Verwaltungsreform im Hinblick auf die Präsentation und Diskussion an einer Klausur der Regierung mit den Amtsstellenleiterinnen und Amtsstellenleitern im Frühjahr 2011 genehmigt. Die Regierung hat das Projektteam beauftragt, einen Entwurf für ein Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz auszuarbeiten, welches die beschlossenen Grundsätze für die Regierungs- und Verwaltungsreform berücksichtigt.

Landes- und Regierungskommunikation

Die Finanzplatzkrise im Jahr 2000 zeigte auf, dass Liechtenstein in der aktiven Landeskommunikation deutliche Mängel aufwies. Die negativen Erkenntnisse aus dieser Krise wollte man beseitigen. In der Folge wurden als «Lehre aus der Krise» die Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit (SKOE) sowie die Stiftung Image Liechtenstein ins Leben gerufen. Der Prozess, eine in sich stimmige und abgestimmte Landeskommunikation zu etablieren, ist jedoch in sich stecken geblieben. Heute existieren zu viele Schnittstellen in den Zuständigkeiten sowie bei den Prozessen zwischen der Stiftung Image Liechtenstein, der Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, dem Presse- und Informationsamt und Liechtenstein Tourismus sowie den einzelnen Ressorts der Regierung.

Als Reaktion hat die Regierung entschieden, die Strukturen zur Landeskommunikation und Regierungskommunikation eindeutiger und mit weniger Schnittstellen auszugestalten. Für die Regierungskommunikation werden sämtliche Stellen wie Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit (SKOE), Presse- und Informationsamt sowie Mitarbeiter des Ressorts Präsidiums unter einer neuen Organisationseinheit Information und Kommunikation der Regierung zusammengeführt. Diese Abteilung untersteht dem Regierungssekretär und wurde auf den 1. Oktober 2010 gegründet. In einer ersten Phase wurden auf dieses Datum die Mitarbeiter des Ressorts Präsidium sowie die Mitarbeiter der Stabsstelle SKOE zusammengeführt. In einer zweiten Phase wird das Presse- und Informationsamt im Jahre 2011 in diese Organisationseinheit überführt. Zusätzlich zu den Strukturveränderungen wird stärkeres Gewicht auf die Verwendung von modernen Medien gelegt. Die Regierung hat zusätzlich zur Internetseite der Landesverwaltung eine eigene Regierungsseite (www.regierung.li) eingerichtet, über welche kompakt und zeitnah über die Aktivitäten der Regierung informiert wird.

Weltausstellung 2010 in Shanghai

Liechtenstein hatte an der EXPO 2010 mit drei Pavillons – in Shanghai, Vaduz und im Internet – einen besonderen Auftritt. Der liechtensteinische Auftritt stand unter dem Motto «Dialog und Respekt» und wies darauf hin, dass kleine Gesprächspartner besonders auf den Respekt des Gegenübers angewiesen sind, um im Dialog wirklich gehört zu werden. Die EXPO 2010 in Shanghai fand vom 1. Mai bis 31. Oktober 2010 statt. Das vorgesehene Budget von rund CHF 5.675 Mio. musste nicht zur Gänze ausgeschöpft werden. Der Erbprinz wie auch die Regierungsmitglieder Regierungschef Klaus Tschütscher, Wirtschaftsminister Martin Meyer und auch Aussenministerin Aurelia Frick haben die EXPO 2010 genutzt, um jeweils mit einer Delegation verschiedene politische und wirtschaftliche Kontakte vor Ort zu knüpfen oder zu pflegen.

Liechtenstein Dialog

Der Liechtenstein Dialog – als international ausgerichtetes Dialogforum – dient dazu, die Glaubwürdigkeit und Reputation des Finanz- und Wirtschaftsstandortes Liechtenstein zu stärken. Er wurde in den Jahren 2003 bis 2008 insgesamt 5 Mal durchgeführt. Die Regierung führte den Anlass im Jahr 2009 und 2010 nicht durch, sondern nutzte die Zeit, um das Konzept des Liechtenstein Dialog zu überprüfen und den Veränderungen und Herausforderungen in Europa anzupassen. In die Überlegungen wurde auch die Agenda 2020 miteinbezogen. Das neue Konzept wurde erstellt und zur Umsetzung eine Programmkommission und ein Organisationskomitee einberufen. Der nächste Liechtenstein Dialog findet im Januar 2012 statt.

Corporate Governance

Gestützt auf das Gesetz über die Steuerung und Überwachung öffentlicher Unternehmen (ÖUSG) sowie die harmonisierten Spezialgesetze der jeweiligen öffentlichen Unternehmen konnten die Umsetzungsarbeiten aufgenommen werden. So hat die Regierung im Berichtsjahr einige neu verfasste Unternehmensstatuten genehmigen und verschiedene Organisationsreglemente zur Kenntnis nehmen können. Im Hinblick auf anstehende Neu- und Ersatzwahlen für Mitglieder der strategischen Führungsebene wurde eine interne Richtlinie für den Rekrutierungsprozess beschlossen und mehrere Anforderungsprofile erarbeitet oder aktualisiert. Als weitere wichtige Massnahme hat die Regierung ein Konzept zur Festlegung von Entschädigungsregelungen für das oberste Führungsorgan genehmigt und die Entschädigungen anhand von drei Unternehmenskategorien festgelegt. Auch der Erlass von Eignerstrategien, welche als zentrales Instrument die Erwartungshaltung der Regierung gegenüber den öffentlichen Unternehmen definieren und in Zusammenarbeit mit denselben erarbeitet werden, schreitet kontinuierlich voran.

Staat und Kirche

Im Berichtsjahr fanden intensive Beratungen und Ausführungsarbeiten hinsichtlich der Thematik der Neuord-

nung des Staatskirchenrechts statt. Die Auswertung der unterschiedlichen Standpunkte der Religionsgemeinschaften hinsichtlich dieser Thematik und die internen Beratungen haben zu ersten Ergebnissen geführt, welche auch nach aussen hin kommuniziert wurden. Da sich die Stossrichtung dieses Gesetzesvorhabens in einigen Punkten verändert hat, soll im Jahr 2011 eine neuerliche Vernehmlassung durchgeführt werden. Die entsprechenden Arbeiten sind in vollem Gange, weshalb eine Aussendung des Vernehmlassungsberichts im ersten Halbjahr 2011 realistisch ist.

Statistik

Mit der erstmaligen Publikation der «Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung» konnte ein wichtiges Anliegen von Landtag und Regierung erfüllt werden. Das neue Indikatorensystem zeigt anhand von 54 Indikatoren auf, ob sich Liechtenstein in Richtung Nachhaltigkeit entwickelt und erlaubt der Regierung, wichtige Rückschlüsse in Bezug auf die Umsetzung der Agenda 2020 zu treffen.

Die bedeutendste statistische Erhebung Liechtensteins und ein Grossprojekt im Amt für Statistik stellt die Volkszählung 2010 dar. Die anonymisierten Daten und Informationen liefern der Regierung, Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft sowie der gesamten Bevölkerung wichtige Entscheidungsgrundlagen.

Neubestellung von Stiftungsräten, Beiräten und Kommissionen

Im Berichtsjahr lief die Mandatsperiode verschiedener gesetzlich vorgesehener Stiftungsräte, Verwaltungsräte und Kommissionen ab, welche von der Regierung neu zu bestellen waren:

– Fischereibeirat
– Integrationsausschuss für Rechtsanwälte
– Kosten- und Qualitätskommission
– Schulrat
– Weindegustationskommission
– Medienkommission
– Prüfungskommission für die Fachprüfung der Maurer- und Zimmermeister
– Liechtensteinisches Landesmuseum – Stiftungsrat
– Schätzungskommission
– Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann
– Personalkommission
– Statistikkommission
– Kommission für Flüchtlingsfragen
– Kommission «Obligatorische Unfallversicherung im Fürstentum Liechtenstein»
– Akkreditierungsrat
– Kommission für Energiemarktaufsicht
– Einigungsamt
– Hochschule Liechtenstein – Hochschulrat
– Prüfungskommission für die Gastwirteprüfung
– Kunstschule Liechtenstein – Stiftungsrat
– Liechtensteinischer Rundfunk – Verwaltungsrat
– Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe – Stiftungsrat

Gesetze

Das umfangreichste Gesetzesprojekt im Berichtsjahr stellte die Schaffung eines Staatsanwaltschaftsgesetzes dar. Mit dieser Vorlage wurde erstmalig eine eigenständige gesetzliche Regelung des Organisationsrechts der Staatsanwaltschaft und des Dienstrechts der Staatsanwälte geschaffen. Im Weiteren wurde dem Landtag der Bericht und Antrag betreffend Verpflichtungskredit für die Durchführung der Jubiläumsfeierlichkeiten «300 Jahre Liechtensteiner Oberland 2012» vorgelegt. Das Ressort Präsidium hat mehrere Gesetzesentwürfe in die Vernehmlassung geschickt. Hier ist zunächst die Vorlage zur Schaffung eines Gesetzes über den elektronischen Geschäftsverkehr mit Behörden (E-Government-Gesetz) zu nennen. Mit der Schaffung des E-Government-Gesetzes soll die Grundlage für die elektronische Verwaltung in Liechtenstein gelegt werden. Der Anspruch ist, eines der weltweit fortschrittlichsten E-Government-Gesetze zu schaffen. Daneben konnte die Vorlage zur Schaffung eines Gesetzes über das Zentrale Personenregister (ZPR-Gesetz) in die Vernehmlassung geschickt werden. Mit dieser Vorlage soll die gesetzliche Grundlage für das seit Ende der 90er Jahre betriebene Personenregister der Landesverwaltung geschaffen werden. Des Weiteren wurden die Vorlagen zur Abänderung des Gesetzes über das öffentliche Auftragswesen (ÖAWG) sowie des Gesetzes über das öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren (ÖAWSG) in die Vernehmlassung geschickt.

Regierungstreffen

In Fortführung einer langjährigen Tradition fanden auch im Berichtsjahr wiederum Regierungstreffen und Arbeitsgespräche mit den Regierungen der Kantone Graubünden und St. Gallen sowie der Landesregierung von Vorarlberg statt. Diese Regierungstreffen dienen neben der Erörterung von gemeinsam interessierenden aktuellen Fragen vor allem auch der Kontaktpflege.

Auslandsreisen

Auslandsreisen fanden vor allem mit Bezug zur Finanzplatzagenda statt. Die detaillierte Darstellung findet sich im Bericht zum Ressort Finanzen.

AMTSSTELLEN

Amt für Personal und Organisation

Amtsleiter: Peter Mella

Einmal mehr kann das Amt für Personal und Organisation auf ein arbeitsreiches und projektintensives Jahr zurückblicken. Einer der Schwerpunkte war die im Rahmen der Sanierung des Staatshaushaltes durchgeführte Aufgabenüberprüfung in der Landesverwaltung, welche basierend auf dem Managementsystem «PER.ORG» durchgeführt wurde. Aufbauend auf den Kernaufgaben hatten alle Amtsstellen den Auftrag, Vorschläge für die Reduktion sowohl des Sach- als auch des Personalaufwandes um 10% auszuarbeiten. Erste Massnahmen und Projekte konnten bereits umgesetzt werden, wodurch das Amt für Personal und Organisation im Personal- und Sachaufwand bereits einen Beitrag zur Sanierung des Staatshaushaltes von mehr als CHF 3 Mio. leisten konnte.

Mit dem Projekt zur Sanierung des Staatshaushaltes, der Regierungs- und Verwaltungsreform sowie der Agenda 2020 zeichnen sich drei «Grossbaustellen» ab. Es ist zu erwarten, dass sich daraus verschiedene Massnahmen und Projekte ableiten werden, die untereinander koordiniert, priorisiert und abgestimmt werden müssen.

Der Umfang der Projekte hat im Berichtsjahr weiter zugenommen und die Komplexität hat sich erhöht. Dies wird auch aus den kurzen Berichten zu den einzelnen Projekten ersichtlich. Erschwerend kommt hinzu, dass im Rahmen der Gesetzgebung zu wenig Rücksicht auf die benötigte Zeit für die Umsetzung genommen wird. In kürzerer Zeit müssen demnach immer komplexere Projekte realisiert werden.

Trotz dieser teilweise schwierigen Umstände wurde dem Amt für Personal und Organisation in den verschiedenen Revisionsberichten ein gutes Zeugnis ausgestellt. Dies ist nur dank dem engagierten Einsatz der Mitarbeitenden möglich, wofür ich mich an dieser Stelle recht herzlich bedanken möchte.

Personal/Aus- und Weiterbildung

Stellenplan 2010
Der Landtag hat für das Jahr 2010 folgende Umwandlungen beschlossen:

0.80	Amt für Berufsbildung und Berufsberatung
1.70	Amt für Gesundheit
0.40	Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen
1.90	Ausländer- und Passamt
12.80	Amt für Personal und Organisation
5.40	Amt für Soziale Dienste
1.00	Amt für Umweltschutz
12.30	Amt für Volkswirtschaft
0.50	Dienststelle für Sport
0.80	Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt
7.45	Hochbauamt
1.00	Landespolizei
1.00	Liechtensteinische Botschaft Bern
1.00	Liechtensteinische Mission New York
1.00	Liechtensteinische Botschaft Washington
0.10	Liechtensteinische Botschaft Wien
6.60	Mitarbeitende der Regierung und der Ressorts
1.00	Regierungskanzlei
0.80	Schulamt
0.30	Sekretariate der Regierung und der Ressorts
1.00	Staatsanwaltschaft
1.00	Stabsstelle FIU
3.00	Stabsstelle Futuro
0.20	Stabsstelle für Landesplanung
2.00	Steuerverwaltung
2.60	Tiefbauamt
0.50	Datenschutzstelle
2.00	Finanzkontrolle
0.60	Landtagssekretariat
70.75	Total

Personalbestand per 31.12.2010

Übersicht Personalbestand (Ständige Stellen, Ausgleichsstellen, Nichtständige Stellen)	Beschäftigungs–grad	Total Mitarbeiter/Innen	Männer	Frauen
Stabsstellen der Regierung inkl. Sekretariate	78.90	91	43	48
Landesverwaltung	713.60	790	499	291
Gerichte	50.80	59	24	35
Landtag	14.80	18	6	12
Zwischensumme 1	**858.10**	**958**	**572**	**386**
Anstalten und Stiftungen	33.60	49	13	36
Zwischensumme 2	**33.60**	**49**	**13**	**36**
Ausbildung	49.80	52	21	31
Hilfskräfte	113.59	144	61	83
Zwischensumme 3	**163.39**	**196**	**82**	**114**
Total	**1'055.09**	**1'203**	**667**	**536**

Unter dem nichtständigen Personal werden jene Personen geführt, die ein zeitlich befristetes Arbeitsverhältnis haben.

Personalselektion
Im Berichtsjahr wurden 65 (Vorjahr 70) Stellen ausgeschrieben. Auf diese Ausschreibungen sind 1'241 (1'474) Bewerbungen eingegangen und es wurden mit insgesamt 221 (295) Personen Gespräche geführt. Leider musste bei der Selektion festgestellt werden, dass bei Ausschreibungen für qualifizierte Stellen wenig bis keine geeigneten Bewerbungen eingingen und dies in der Folge zu Mehrfachausschreibungen führte.

Ausgleichsstellen
Per Ende 2010 sind von 25.10 bewilligten Ausgleichsstellen 12.90 Stellen mit 17 Personen besetzt. Die Gesamtzahl der besetzten Ausgleichsstellen hat sich von 11.70 Stellen (Stand 31.12.2009) um 1.20 Stellen bzw. um eine Person erhöht.

Diverse Praktika
Im Berichtsjahr wurden insgesamt 35 (30) PraktikantInnen (zwischen einem Monat und einem Jahr) sowie 24 (41) FerialpraktikantInnen (zwischen zwei und acht Wochen) beschäftigt. Bei den PraktikantInnen handelte es sich in der Regel um StudentInnen, die während oder nach dem Studium ein Praktikum zu absolvieren hatten, ausser den kaufmännischen Praktikanten, die für ein Jahr angestellt werden. Im Berichtsjahr haben 14 (19) Personen ein Gerichtspraktikum absolviert.

Kinderbetreuung in der Landesverwaltung
Die Kindertagesstätte verzeichnete im Berichtsjahr eine durchschnittliche Auslastung von 82%. Aktuell sind 21 Kinder in der Kindertagesstätte der Landesverwaltung. Von diesen sind vier Kinder unter zwei Jahren.

Leistungsdialog
Die Personalbewertungen konnten per Mitte November 2010 erfolgreich abgeschlossen werden. Die Vorgesetzten haben im Berichtsjahr mit den Mitarbeitenden die Leistungsdialoge geführt und ihnen eine Rückmeldung über ihre Leistung und ihr Verhalten abgegeben.

Veranstaltungen
Im Berichtsjahr wurden vom Amt für Personal und Organisation folgende Veranstaltungen organisiert:
– Skitag der Landesverwaltung in Lech, 27. Februar 2010
– Pensionistentreffen im Freizeitpark Allensbach am Bodensee, 14. September 2010
– Verwaltungsabend der Landesverwaltung im SAL in Schaan, 10. Dezember 2010

FLip – Die Personalzeitschrift
Die Personalzeitschrift FLip ist turnusgemäss im Dreimonatsrythmus erschienen. Die Auflage beträgt 1'980 Exemplare. Die Personalzeitschrift ist mittlerweile im 16. Jahrgang und damit fester Bestandteil der Informationslandschaft der Landesverwaltung.

Amtliche Kundmachungen
Im Auftrag der Regierung und der Amtsstellen (ohne Landgericht und Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt) wurden 1'148 (1'158) Amtliche Publikationen in den beiden Landeszeitungen veröffentlicht.

Projekte

Planungs-, Steuerungs- und Berichtssystem
Nach erfolgreicher Einführung der Dienstgruppen im Lohnbüro 1 (Landesverwaltung) wurde der Fokus in der ersten Jahreshälfte 2010 auf die Umsetzung der Spezifikationen für die Auswertungen der Personalkostenplanung gelegt. Die Soll-Richtlinien wurden durch den Steu-

erungsausschuss definiert und von der Informatikfirma in den Sommermonaten umgesetzt.

In der zweiten Jahreshälfte lag der Fokus auf den Arbeiten für die Einführung der Dienstgruppen im Schulamt und der Musikschule sowie die Nachstellung des Budgets 2010 und 2011 im Personalkostenplanungs-Tool (PKP) des Personalinformationssystems LOGA.

Die Einführung der Dienstgruppen beim Schulamt und der Musikschule konnte Ende November 2010 erfolgreich abgeschlossen werden. Die Vorbereitungsarbeiten verliefen im Vergleich zum Vorjahr wesentlich effizienter, da auf die Erfahrung des letzten Jahres zurückgegriffen werden konnte. Die Gehälter vom Dezember 2010 wurden bereits nach Dienstgruppen verbucht. Für das kommende Jahr ist die Dienstgruppeneinführung für das Lohnbüro 5 geplant.

Um möglichst aussagekräftige Auswertungen erstellen zu können, war es unabdingbar, das Budget 2010 im Personalkostenplanungstool nachzustellen. Dies stellte sich als aufwendig und mühsam heraus, da sehr viele Änderungen berücksichtigt werden mussten. Trotzdem konnte das Budget 2010 bis Ende November 2010 nachgestellt werden. Im Jahr 2011 werden die Auswertungen finalisiert und mit dem Budgetprozess 2012 erstmals zur Anwendung kommen.

Anpassung und Optimierung der Versicherungen des Landes

Im Jahre 2009 wurde beschlossen, die Versicherungslösungen des Landes der aktuellen Situation anzupassen. Im Herbst 2009 startete die Risikoermittlung. Anfang 2010 wurden die Daten analysiert und mit verschiedenen Amtsstellen Gespräche geführt, um konkretere Anhaltspunkte zum Risikopotential sowie zur Risikosumme zu erhalten. Im Anschluss wurde entschieden, folgende Versicherungen Mitte des Jahres im Verhandlungsverfahren unter allen konzessionierten Versicherungsgesellschaften mit Niederlassung in Liechtenstein auszuschreiben:

– Krankengeldversicherung
– Unfallversicherung
– All-Risk-Versicherung
– Haftpflichtversicherung
– Transportversicherung
– Flotten- und Dienstfahrtenkaskoversicherung.

Ende August fand die Offertöffnung statt und im November wurden die Versicherungen neu vergeben. Das Resultat war sehr erfreulich, da über alle ausgeschriebenen Sachversicherungen hinweg bei gleichbleibender Leistung die Prämien um über 25% reduziert werden konnten.

Verpflegungsbeiträge – Digibon

Mit dem Jahreswechsel 2009/2010 wurden die Lunch-Checks als Verpflegungsbeiträge der Landesverwaltung durch die elektronische Alternative «digibon» abgelöst. Trotz vieler negativer Stimmen erfolgte die Einführung relativ reibungslos. Verschiedene Problemfelder wurden im ersten Jahr erkannt und werden im Jahr 2011 genauer analysiert und mit der externen Firma angegangen. Das Ziel, den Missbrauch zu reduzieren, kann durchaus als erfüllt angesehen werden. So konnten die Ausgaben für Verpflegungsbeiträge im Vorjahresvergleich sehr stark reduziert werden.

Personalinformationssystem LOGA

Im Personalinformationssystem LOGA fanden im Berichtsjahr folgende wesentlichen Anpassungen und Verbesserungen statt:

– Abschluss eines neuen Service Level Agreements:
  – Sicherung der stets neusten Tools ohne komplettes Versionsupdate
  – Sicherung der Antwortzeiten bei Problemen - insbesondere während des Lohnlaufes
  – Zurverfügungstellung eines individuell auf die Landesverwaltung zugeschnittenen und ausführlich getesteten Releases pro Kalenderjahr (inkl. Testprotokoll von vordefinierten Szenarien)
– Programmierung der neuen Schnittstelle zur Steuerverwaltung als Probeorganisation bzw. LOGA als Probesoftware in Zusammenarbeit mit der Steuerverwaltung
– Einführung der Verbuchung via Dienstgruppen in der Musikschule sowie im Schulamt
– Beginn der Arbeiten zur Verwendung des neuen Lohnausweises für das Steuerjahr 2010
– Erste Umsetzungsversuche einer automatisierten Verpackung von mehrseitigen Lohnausweisen

IKS (Internes Kontrollsystem)

Mit RA 2010/923 wurde das Konzept eines «Internen Kontrollsystems» der Landesverwaltung genehmigt und beschlossen, mit dem Fachbereich Besoldung/Versicherungen des Amtes für Personal und Organisation ein Pilotprojekt in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle Finanzen und einem externen Beratungsunternehmen durchzuführen. Im September fiel der Startschuss mit der Aufnahme und Definition relevanter Sollprozesse. Im Anschluss wurden mögliche Risiken definiert. Im Rahmen dieser Risiken wurden bereits bestehende Kontrollmechanismen zugeordnet und hinterfragt oder neue definiert. Die Risikokontrollmatrizen konnten im Jahr 2010 nicht mehr abgeschlossen werden. Die Umsetzung ist für das 1. Quartal 2011 geplant.

Prozessoptimierung

Die Abteilung Personal nimmt Projekte wie IKS aber auch Feedback aus Revisionen oder Rückmeldungen der Mitarbeitenden auf und versucht, ständig ihre Prozesse zu optimieren. So wurden sämtliche bestehenden Prozesse im Laufe des Jahres 2010 hinterfragt und überarbeitet. Der nächste Schritt besteht nun darin, die Prozesse auf der Informationsplattform zu publizieren.

Personalantrag
Zur Umsetzung des neuen Personalbeschaffungsprozesses wurde der Aufbau eines elektronisch unterstützten Freigabetools beschlossen. Dieses Tool wurde auf der Basis der bestehenden Formularlösung aufgebaut. So wurde der Prozess in ein teilweise interaktives Formular übernommen. Aufgrund der hohen Komplexität stiess man an die Grenzen der bestehenden Formularlösung, weshalb der Personalantrag als Pilotantrag zur Kombination von Formular- und Workflow-Tool herangezogen wurde.

Betriebliches Gesundheitsmanagement «BGM»
Der Fachbereich BGM hat im ersten Quartal 2009 das BGM-Rahmenkonzept für die Landesverwaltung erarbeitet und fertig gestellt. Anfang Juli wurde das Konzept von der Regierung genehmigt und damit die Grundlage für verschiedenste BGM-Teilprojekte und BGM-Massnahmen geschaffen. Zusammen mit dem BGM-Rahmenkonzept wurde das Projekt zur Einführung des überbetrieblichen Gesundheitsförderungssystems «well.system» bewilligt, welches von einer externen Firma betreut und angeboten wird. Der BGM-Fachbereich übernimmt beim well.system vor allem die landesverwaltungsinterne Kommunikation und Administration.

Auf der Grundlage des im Sommer 2009 bewilligten BGM-Rahmenkonzepts wurde im Herbst 2009 von der Regierung die Durchführung des BGM-Teilprojekts «Erarbeitung eines Absenzmanagements» bewilligt. Im Projektteam vertreten waren sowohl Führungskräfte als auch der Personalverband. Das Projekt wurde wie vorgesehen Ende Mai abgeschlossen und der Regierung per Ende Juni der Projektbericht sowie ein Vorschlag zur Einführung des Absenzmanagements in der Landesverwaltung vorgelegt. Die Regierung hat den Projektbericht zur Kenntnis genommen und einer Pilotphase zugestimmt, welche mit mehreren Pilotamtsstellen 2011/12 durchgeführt werden soll. Nach Auswertung der Pilotphase wird die Regierung über die flächendeckende Einführung des Absenzmanagements befinden.

Besoldung/Versicherungen

Individuelle Gehaltsanpassung und Teuerungsausgleich für das Staatspersonal
Für das Jahr 2011 wurde vom Landtag eine individuelle Anpassung des fixen Leistungsanteiles von 1% bezogen auf die gesamte Lohnsumme beschlossen. Das Budget wurde mittels der Drittelsvariante (Verteilung nach Mitarbeiterzahl, Lohnsumme, Koeffizient der Ausschöpfung der maximalen Besoldung pro Lohnklasse) den Amtsstellen zugewiesen und von den Amtsstellenleitenden individuell auf die Mitarbeitenden verteilt.

Laufende Versicherungsverträge per 31. Dezember 2010
– Obligatorische Unfallversicherung (OUFL)
– Unfall-Zusatzversicherungen
– Schülerunfallversicherung
– Kollektive Krankenversicherung
– Krankentaggeld
– Pensionsversicherung
– All-Risk Versicherung (inkl. Erdbeben- und Terrorrisiko)
– Transportversicherung
– Haftpflichtversicherung
– Organhaftpflichtversicherung
– Flotten- und Dienstfahrtenkaskoversicherung
– Fahrrad-Haftpflichtversicherung
– Motorfahrrad-Haftpflichtversicherung
– Haftpflichtversicherung für Tagesnummern

Kollektiv-Unfallversicherung

Unfallstatistik 2010

Art der Unfälle	2010	2009	Veränderung abs.
Berufsunfälle Männer	**32**	40	-8
Berufsunfälle Frauen	**9**	22	-13
Nichtberufsunfälle Männer	**147**	136	11
Nichtberufsunfälle Frauen	**124**	121	3
Total Berufsunfälle	**41**	62	-21
Total Nichtberufsunfälle	**271**	257	14

Sachversicherungen

Schadenstatistik 2010

Art der Unfälle	2010	2009	Veränderung abs.
Dienstfahrten-Kasko	**5**	5	0
Gebäude-Fahrhabe (All-Risk)	**0**	0	0
Haftpflichtversicherung	**0**	2	-2
Motorfahrzeug-Flottenversicherung	**2**	2	0
Total	**1**	9	1

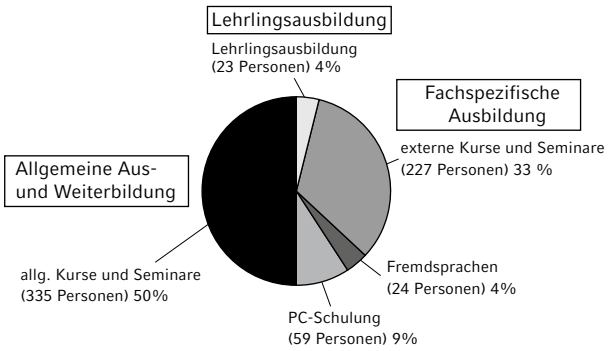
Aus- und Weiterbildung

Die Regierung hat das Ausbildungsbudget 2010 im gleichen Rahmen bewilligt wie die vorhergehenden Jahre. Dank dieser antizyklischen Haltung konnte die Landesverwaltung im Ausbildungsbereich den hohen Standard halten und ihre Pflicht als Arbeitgeberin mit der systematischen und kontinuierlichen Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden erfüllen.

Teilnehmerkreis
In der Landesverwaltung wurden im Berichtsjahr gesamthaft 3'573 (3'626) Weiterbildungstage absolviert.

Dies ergibt durchschnittlich 3.18 (3.30) Weiterbildungstage pro MitarbeiterIn.

Insgesamt haben 498 (478) verschiedene MitarbeiterInnen (230 Mitarbeiterinnen und 268 Mitarbeiter) die Angebote der allgemeinen und fachspezifischen Aus- und Weiterbildung genutzt. Im Weiteren standen 23 (23) Lernende in Ausbildung an verschiedenen Berufsschulen.



Fachspezifische Aus- und Weiterbildung
Im Berichtsjahr wurden für 236 (227) verschiedene MitarbeiterInnen (75 Mitarbeiterinnen und 161 Mitarbeiter) fachspezifische Kurse und Seminare sowie Fremdsprachenkurse bewilligt. Zusätzlich wurden für einzelne MitarbeiterInnen für die Arbeitsbewältigung fachspezifische Ausbildungen und Lehrgänge bewilligt.

Berufsbildung

Per 31. Dezember 2010 wurden bei der Landesverwaltung 23 Lernende in folgenden Lehrberufen ausgebildet:
– Kaufleute in der Branche Dienstleistung und Administration (16);
– Informatiker mit Schwerpunkt Systemtechnik (2);
– Fachleute Information und Dokumentation (2);
– Fachleute Betriebsunterhalt im Werk- und Hausdienst (3).

Im Frühling hatten die BerufsbildnerInnen die Möglichkeit, das eintägige Seminar «Wie mache ich meine Lernenden stolz» zu besuchen. Dieses Weiterbildungsangebot wurde von sieben BerufsbildnerInnen genutzt. Weiters bestand die Möglichkeit, an Seminaren, Schulungen und ERFA-Veranstaltungen teilzunehmen, welche von externen Bildungsinstitutionen angeboten wurden.

Im Berichtsjahr absolvierten 34 SchülerInnen eine eintägige Schnupperlehre als Kauffrau/Kaufmann, Fachfrau/Fachmann Betriebsunterhalt oder als Fachfrau/Fachmann Information und Dokumentation. Im Beruf InformatikerIn fand ein Schnuppernachmittag für alle Interessenten statt.

Sechs Lernende konnten ihre Abschlussprüfungen erfolgreich abschliessen und wurden für ein halbes Jahr befristet angestellt. Ein Lehrvertragsverhältnis wurde im gegenseitigen Einvernehmen aufgelöst. Auf August 2010 wurden neun neue Lehrverhältnisse abgeschlossen. Erstmals wurde eine Lernende der Sportschule als Kauffrau (Spitzensportlerin) angestellt. Mit dieser Lehre wird dem Talentnachwuchs ein Lehrabschluss ermöglicht, ohne dabei die sportliche Laufbahn in den Hintergrund stellen zu müssen.

Lager
Im Berichtsjahr fand in den Herbstferien mit allen Lernenden ein einwöchiges Lager im Wallis statt. Aufgabe war es, den Gemeinden Binn und Ernen bei Aufräum- und Unterhaltsarbeiten zu helfen und die Gemeindearbeiter zu unterstützen.

IT- und eGovernment-Strategie 2011

Auch im Jahr 2010 wurde weiter intensiv an der Umsetzung der vom Landtag genehmigten IT- und eGovernment-Strategie 2011 gearbeitet. Im Folgenden wird ein Überblick über diejenigen Teilprojekte gegeben, die zwecks Realisierung der Strategie-Basisdienste im Berichtsjahr angegangen oder abgeschlossen werden konnten.

Das Amt für Personal und Organisation befasst sich zusätzlich zu diesen Projekten auch intensiv mit der Realisierung von konkreten, auf den Basisdiensten basierenden Kundendienstleistungen. Diese Aufgaben gehen über den Strategie-Auftrag des Landtages hinaus, sind aber wichtig, um die Strategie effektiv umzusetzen.

Überblick über Teilprojekte

PKI Phase 3 «Externe Verbreitung» und elektronischer Identitätsausweis
Nach der Einführung der elektronischen Signatur- und Identifikationslösung «lisign» im Juni 2009 stiess das angebotene Paket auch im Berichtsjahr auf Interesse bei zahlreichen Kunden der Landesverwaltung.

Die im «lisign»-Paket enthaltene Software wurde für die Kunden weiter optimiert und aktualisiert. Auf diese Weise konnten einerseits weitere Verbesserungen in der Bedienungsfreundlichkeit erzielt und andererseits die Unterstützung von zusätzlichen technischen Basissystemen sowie die Gewährleistung des sehr hohen Sicherheitsniveaus gewährleistet werden.

Im Berichtsjahr erfolgte die offizielle Anerkennung von «lisign» als elektronischer Identitätsausweis durch den österreichischen Staat. Diese Anerkennung, welche nicht nur eine Bestätigung für die Lösung der Landesverwaltung darstellt, sondern auch als positives Signal auf internationaler Ebene zu werten ist, ermöglicht den «lisign»-Inhabern den Einsatz ihres Produktes im österreichischen eGovernment-Umfeld.

eGovernment-Gesetz (E-GovG)
Das eGovernment-Gesetz stellt den juristischen Pfeiler dar, um die in der IT- und eGovernment-Strategie 2011 definierten Ziele zu erreichen.

Im Berichtsjahr wurde auf der Basis der Vorarbeiten intensiv an diesem wichtigen Projekt weitergearbeitet. Als Resultat entstand ein Vernehmlassungsbericht, der den massgebenden Stellen zur Stellungnahme übermittelt wurde. Die Vorlage umfasst nicht nur das E-GovG als solches, sondern auch die Erweiterung des bestehenden Zustellgesetzes um den Bereich der elektronischen Zustellung. Das Gesetz soll im Jahr 2011 dem Landtag vorgelegt werden.

Formularmanagement
Im Bereich dieses Basisdienstes wurden folgende Schwerpunkte bearbeitet:

- Unter Einhaltung des Grundziels von verwaltungsweit einheitlichen und übersichtlichen Formularen in optimierter Anzahl erfolgte eine laufende Aktualisierung sowie bedarfsfallorientierte Erweiterung des vorhandenen Formularangebotes.
- Die Umstellung der internen Formulare auf die einheitliche Formularlösung wurde in zweierlei Hinsicht vorangetrieben. Einerseits konnten basierend auf optimierten Prozessen neue Formulare erstellt und produktiv genommen werden, andererseits wurde ein Pilotprojekt gestartet, das sich der Verbindung von Formularen mit sogenannten Workflow-Systemen widmet. Dieses Pilotprojekt ist sehr wichtig, um praktische Erkenntnisse bzgl. der generellen Umsetzbarkeit zu gewinnen und entsprechend fundierte Grundsatzentscheidungen treffen zu können.
- Im Hinblick auf die Realisierung von durchgängigen Verwaltungsprozessen konnten folgende Schwerpunkte umgesetzt werden. Im Zusammenhang mit den Themenstellungen «Reduktion von Medienbrüchen» sowie «Realisierung von Zustellprodukten» wurde eine Umfrage über den gesamten Formularbestand durchgeführt. Aufgrund der Ergebnisse dieser Umfrage werden konkrete Projekte definiert und diesbezüglich notwendige Arbeiten gezielt geplant. Andererseits erfolgte die Konzeptionierung einer Webservice-Erweiterung, damit die Formularlösung inskünftig die im Basisdienst «Integrationsframework» erstellten Services nutzen und somit die Verbindung verschiedenster Basisdienste erreicht werden kann.
- Basierend auf dem im Vorjahr erstellten Konzept zur Realisierung von Formularmappen wurden bestehende Dienstleistungen erweitert oder neue geschaffen. In diesem Zusammenhang können die Erweiterung und Optimierung des elektronischen Baugesuchs- und Energieausweisassistenten, die Erweiterung des elektronischen Lohnausweises um die Dateneinreichung durch Grossfirmen oder die Erstellung einer Plattform zur elektronischen Durchführung der Volkszählung 2010 genannt werden.

Enterprise-Content-Management (ECM)
Im Bereich ECM wurden im Berichtsjahr folgende zwei Schwerpunkte bearbeitet:

- Nachbetreuung des seit Herbst 2009 im Ausländer- und Passamt produktiv im Einsatz befindlichen Systems, um das Projekt weiter zu optimieren und die im technischen, organisatorischen sowie juristischen Bereich auftauchenden Fragestellungen möglichst zeitnah zu lösen.
- Erstellung eines Berichtes durch das Competence Center ECM der Hochschule Liechtenstein. Dieser Bericht umfasst im ersten Teil ein Audit über die bisherigen ECM-Aktivitäten in der Landesverwaltung und beleuchtet in diesem Zusammenhang sowohl die positiven als auch die verbesserungswürdigen Aspekte. Darauf aufbauend werden möglichst konkrete Empfehlungen zur verwaltungsweiten ECM-Einführung abgegeben. Der Bericht liefert der Regierung eine umfassende Grundlage, um in diesem komplexen Themengebiet grundsätzliche Entscheidungen treffen zu können. Er wurde im Dezember 2010 an die Regierung übergeben.

Zustellservice
Im Berichtsjahr wurde das Projekt «Zustellservice» als weiterer Basisdienst der IT- und eGovernment-Strategie in Angriff genommen. Dieses Projekt ist von grosser Wichtigkeit, da es die rechtsverbindliche Kommunikation der Behörde mit ihren Kunden ermöglicht und somit direkt wahrnehmbar sein wird.

Unter Berücksichtigung der Erfahrungen in anderen europäischen Ländern erfolgte vor dem Fokus von möglichst einfachen Kundendienstleistungen die Festlegung der grundlegenden Zustellvarianten, welche zukünftig im elektronischen Verkehr mit Behörden möglich sein sollen. Diese Varianten wurden in einem Konzept festgehalten, welches die organisatorischen und technischen Eckpfeiler umfasst. Gleichzeitig wurden über das Projekt «eGovernment-Gesetz» die rechtlichen Rahmenbedingungen erstellt.

Im Hinblick auf die Sammlung von konkreten Erfahrungen sowie die Realisierung von neuen Dienstleistungen wurde im Berichtsjahr ausserdem ein Pilotprojekt gestartet, welches es erlauben wird, in ausgewählten Anwendungsfällen amtliche Dokumente dem Kunden auf sicherem elektronischem Weg zuzustellen. Die Realisierung dieses Pilotprojektes erfolgt im Sinne der IT- und eGovernment-Strategie durch eine gezielte Nutzung und Verbindung von bereits vorhandenen Basisdiensten, so dass eine rasche sowie kostengünstige Umsetzung sichergestellt ist.

Organisationsentwicklung

Übergreifende Projekte

Regierungs- und Verwaltungsreform
Das Amt für Personal und Organisation ist im Projektteam vertreten und bringt dort sowohl sein organisatorisches Fachwissen als auch die Sicht der Amtsstellen in die notwendigen Arbeiten ein.

Reorganisation Kommunikationsbereich
Das Amt für Personal und Organisation war Mitglied im Projektteam und brachte dort wunschgemäss sein Fachwissen bei strukturellen Organisationsfragen ein.

Optimierung des Management-Systems «PER.ORG»
Das vom Amt für Personal und Organisation entwickelte Management-System «PER.ORG» bietet den Führungskräften und Mitarbeitenden eine umfassende Unterstützung bei verschiedensten Personal- und Organisationsthemen. Basierend auf den Rückmeldungen der Kunden sowie eigenen Ideen wird das System laufend verbessert und weiterentwickelt.

Organisationshandbuch
Ziel des Organisationshandbuches ist es, den Führungskräften sowie Mitarbeitenden grundlegende Informationen und Vorgaben zu verschiedensten Organisationsthemen anzubieten, um auf diese Weise das Fachwissen vor Ort zu erhöhen.

Das Organisationshandbuch ist prozessorientiert aufgebaut und beinhaltet derzeit Ausführungen zu folgenden Teilthemen: Organigramm, Stellenbeschreibungen, Stellenzuordnungen, Stellenplan sowie Funktionen- und Kompetenzdiagramm. Für das Jahr 2011 ist die Aufschaltung der Gesamtthematik «Prozessmanagement» vorgesehen.

Prozessoptimierung «Firmengründung»
Im Zusammenhang mit der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie betreut das Amt für Personal und Organisation das Amt für Volkswirtschaft bei der Erstellung und Umsetzung eines Soll-Prozesses.

Aufgrund der vom Amt für Volkswirtschaft erledigten Vorarbeiten lag per Ende des Berichtsjahres ein Entwurf des Soll-Prozesses vor. Die in diesem Rahmen entstandenen Fragen und erkannten Verbesserungsmöglichkeiten wurden diskutiert und darauf basierend mögliche Lösungen erarbeitet. Der Abschluss der Arbeiten ist für das Jahr 2011 vorgesehen.

Verwaltungsportal www.llv.li
Die Besucherzahlen auf dem Verwaltungsportal www.llv.li sind im Berichtsjahr um 17,6% gestiegen. Dank dieser Steigerung wurde erstmals in der Geschichte von www.llv.li die «Eine-Million-Besucher»-Marke überschritten. Knapp 1'085'000 BesucherInnen haben im Berichtsjahr auf dem Verwaltungsportal nach Informationen gesucht, Dokumente heruntergeladen oder Formulare ausgefüllt. Diese Steigerung ist von grosser Bedeutung, da die Besucherzahlen und deren Entwicklung der wichtigste Indikator für die Annahme von Angeboten eines Internetportals sind und somit belegt ist, dass die Akzeptanz des Verwaltungsportals stetig steigt.

Die Situation im personellen Bereich war wie im Vorjahr angespannt. Der Fokus lag im Berichtsjahr daher in der Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes sowie in der Durchführung der wichtigsten strategischen Vorhaben und Projekte. Zu nennen sind hier der Ausbau des Onlineschalters mit der Integration von neuen oder angepassten Formularen sowie die Erledigung von konzeptionellen, strukturellen und grafischen Vorarbeiten im Hinblick auf ein personalisiertes Verwaltungsportal. Im Weiteren konnten folgende Projekte erfolgreich umgesetzt werden:

- www.pia.llv.li (Fotoservice): Für das Presse- und Informationsamt (PIA) wurde der bestehende Fotoservice mit den ebenfalls bestehenden Pressemitteilungen verknüpft. Damit wurde ein vielfach geäusserter Wunsch von Medienschaffenden erfüllt und ein vereinfachter Zugang zu den Medieninformationen von Regierung und Verwaltung geschaffen.
- info@amtsstelle.llv.li: Die mehr als 40 allgemeinen Kontaktformulare der Amtsstellen wurden auf die einheitliche Formularlösung umgestellt. Auf diese Weise konnte das früher vorhandene Spam-Problem gelöst werden, was sowohl in den Amtsstellen als auch im zentralen Betrieb zu einer entsprechenden Entlastung geführt hat.
- www.offene-lehrstellen.llv.li: Die in Liechtenstein angebotenen freien Lehrstellen werden sowohl auf www.berufsberatung.ch als auch auf dem Portal der Landesverwaltung unter www.offene-lehrstellen.llv.li publiziert. Da die Zufriedenheit mit der bestehenden Applikation nicht mehr gegeben war, musste eine neue Lösung konzipiert werden. Diese wird im ersten Quartal 2011 in Betrieb genommen.
- www.abb.llv.li: (Bildungsverordnungen): Zukünftig werden die Bildungsverordnungen vom Amt für Berufsbildung und Berufsberatung direkt erstellt und auf dem Verwaltungsportal zum Herunterladen angeboten. Die für dieses Aufgabengebiet neu erstellte Lösung wird im ersten Quartal 2011 in Betrieb genommen.
- www.avw.llv.li: Aufgrund des dringlichen Aktualisierungsbedarfes wurde für das Amt für Volkswirtschaft (AVW) die Contentpflege für die Publikation der neu definierten Bereiche «Firmengründungen in Liechtenstein» sowie «Initiative einheitlicher Ansprechpartner (EAP)» übernommen. Die ContentpflegerInnen des AVW konnten sich somit auf die inhaltlichen und textuellen Arbeiten konzentrieren.

Amtsstellen-orientierte Projekte sowie Leistungsvereinbarungen

Reorganisation Amt für Bevölkerungsschutz
In einem Reorganisationsprojekt wurde die Zukunftsausrichtung des Amtes für Bevölkerungsschutz erarbeitet. In diesem Zusammenhang prüfte das Projektteam verschiedene Varianten, die sich insbesondere auf die Zusammenführung verwandter Aufgabenstellungen konzentrierten.

Die im Schlussbericht empfohlene Verlagerung der Abteilung «Rüfen und Gewässer» vom Tiefbauamt in das

Amt für Bevölkerungsschutz wurde von der Regierung beschlossen und mit der Anstellung des neuen Amtsstellenleiters per 1. November 2010 grundlegend gestartet. Die Detailthemen werden in der Folge gemeinsam mit der neuen Amtsstellenleitung erarbeitet und umgesetzt.

Organisationsanalyse Amt für Gesundheit
Der Aufgabenbereich «Arzneimittel und Medizinprodukte» wurde im Rahmen einer Reorganisation im Jahre 2007 vom Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen in das Amt für Gesundheit verschoben. Durch Unklarheiten in Bezug auf das Aufgabengebiet und die Zuständigkeiten gab es in der Folge wiederholt Unstimmigkeiten und eine massive Arbeitsüberbelastung im Bereich Arzneimittelkontrolle.

Zur Lösung dieser Problematik wurde im Berichtsjahr eine Organisationsanalyse durchgeführt. Der diesbezügliche Schlussbericht enthält einen Überblick über die Ist-Situation aus Sicht von externen Beratern, eine detaillierte Aufstellung des Aufgabengebietes, die Prüfung der Aufgabenverteilung sowie eine Beschreibung des optimalen Ressourceneinsatzes in der Arzneimittelkontrolle. Der Schlussbericht wird der Regierung im ersten Quartal 2011 übergeben.

Reorganisation Amt für Personal und Organisation
Nachdem die Informatik in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat, soll die Schaffung eines Amtes für Informatik geprüft und Vorschläge für die organisatorische Eingliederung der Bereiche Personal und Organisation unterbreitet werden. Diese zunehmende Bedeutung ergab sich auch aus dem von der Regierung in Auftrag gegebenen externen Gutachten. In der Folge wurde von der Regierung eine Arbeitsgruppe beauftragt, die verschiedenen Handlungsfelder in der Informatik zu definieren und entsprechende Lösungsansätze zu skizzieren.

Im Auftrag des Regierungschefs wurde ein Arbeitspapier erstellt, in dem verschiedene Lösungsansätze für eine Neuorganisation des Amtes für Personal und Organisation skizziert wurden. Die Vorschläge wurden in der Folge zusammen mit dem Regierungschef diskutiert und das weitere Vorgehen für die Regierungs- und Verwaltungsreform festgelegt.

Prozessmanagement Amt für Personal und Organisation
In der Abteilung «Informatik» sowie im Fachbereich «Einkauf/Büroplanung» wurde ein Prozessmanagement eingeführt, indem die Prozesse evaluiert, die Ist-Prozesse erstellt, Massnahmen abgeleitet und darauf basierend die Soll-Prozesse erarbeitet wurden.

Prozessmanagement in Amtsstellen
Zusätzlich zur Prozessoptimierung im Zusammenhang mit der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie wurde ein Prozessmanagement in den folgenden Amtsstellen eingeführt und dabei erste Prozesse evaluiert sowie Massnahmen abgeleitet:
– Amt für Handel und Transport
– Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt

Durchgeführte Stellenzuordnungen
Im Berichtsjahr erfolgte in folgenden Einheiten eine Gesamtüberprüfung aller Stellen:
– Dienststelle für Sport
– Liechtensteinisches Landesmuseum
– Stabsstelle EWR

Aufgrund der durch den Landtag beschlossenen Umwandlung von nichtständigen in ständige Stellen auf Anfang 2010 sowie aufgrund von geänderten Aufgabengebieten wurden im Berichtsjahr in 17 Amtsstellen insgesamt über 100 Stellen überprüft und neu zugeordnet.

In folgenden Einheiten wurden die im Zusammenhang mit Stellenbesetzungen notwendigen Schnelleinstufungen durchgeführt:
– Finanzkontrolle
– Information und Kommunikation der Regierung
– Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt
– Steuerverwaltung

Einkauf und Büroplanung

Das grösste Projekt war die Umsiedlung des Amtes für Handel und Transport sowie des Amtes für Volkswirtschaft in die neuen Räumlichkeiten im «Haus der Wirtschaft» in Schaan im Januar 2010. Die damit verbundenen Arbeiten verursachten angesichts des grossen Umzugsvolumens einen entsprechenden Aufwand. Innerhalb einer Arbeitswoche wurde die neue Möblierung eingerichtet, in der darauf folgenden Woche erfolgte dann der effektive Umzug. Dank der tatkräftigen Unterstützung des Tiefbauamtes konnten viele Arbeiten verwaltungsintern abgewickelt und somit entsprechende Kosten gespart werden.

Im Zusammenhang mit den vielen Umzügen, die grundsätzlich nur zum Teil vorherseh- und somit budgetierbar sind, mussten auch ungeplante Mobiliarbeschaffungen vorgenommen werden. Dank einer guten Lagerbewirtschaftung und der dadurch möglichen Verwendung von vorhandenem Mobiliar sowie äusserster Zurückhaltung bei der Neuanschaffung konnten die strengen Budgetvorgaben dennoch eingehalten werden.

Im Berichtsjahr erfolgte im Weiteren die Definition der im Fachbereich relevanten Kernprozesse. Für die priorisierten Bereiche wurden Ist-Prozesse erstellt, Verbesserungsmassnahmen und darauf aufbauende Soll-Prozesse erarbeitet und im Arbeitsalltag eingeführt.

Raumbedarfsplanung

Arbeitsgruppe Verwaltungsbauten
Die Arbeitsgruppe Verwaltungsbauten befasste sich in vier Sitzungen mit verschiedensten Fachthemen. Abge-

sehen von grundsätzlich zu bearbeitenden Themenstellungen wie z.B. die Nutzung frei werdender Räumlichkeiten durch Neuausrichtungen oder Einzelbegehren von Amtsstellen wird in den folgenden Kapiteln auf die wichtigsten Entscheidungen und Massnahmen dieser Arbeitsgruppe eingegangen.

Liegenschaft «Präsidial-Anstalt»
Vor einer allfälligen Nutzung muss die Liegenschaft umzoniert und renoviert werden. Der Gemeinderat der Gemeinde Vaduz lehnte die Umzonierung ab, sodass bis Ende Jahr offen blieb, wie diese Liegenschaft genutzt wird.

Haus der Wirtschaft

Das Mietobjekt «Haus der Wirtschaft» wurde im Januar 2010 bezogen. Im Berichtsjahr erfolgten diverse Nachbetreuungen in Sachen Möbelergänzungen, Beschriftungen sowie Bürowechsel infolge Aufgabenänderungen.

Regierungsgebäude
Im Regierungsgebäude konnte nach dem Auszug des Rechtsdienstes der Regierung und von ausgelagerten Bereichen des Landesarchivs in das neue Archivgebäude eine Renovation sowie eine Neuverteilung der frei gewordenen Räume bewerkstelligt werden.

Gewerbehaus Triesen
Um den im Gewerbehaus Triesen frei stehenden Raum bestmöglichst nutzen zu können, wurde eine Projektgruppe gebildet, welche basierend auf einer Ist-Analyse Grobkonzepte und Varianten erstellte, um eine Optimierung der Lagernutzung, eine Verbesserung der logistischen Infrastruktur sowie den Erhalt der Werte des Lagergutes zu erreichen. Die konkrete Variantenauswahl erfolgt im Jahr 2011.

Neubau Bushof / Café Central Schaan
Im Berichtsjahr konnte der neu erstellte Bushof für die LBA in Betrieb genommen werden. Gleichzeitig erfolgte ein Umbau der Räumlichkeiten im 1. Stock des Café Central, um dort die Back-Office-Bereiche der LBA in möglichst grosser räumlicher Nähe unterzubringen.

Haus Elias Nigg, Vaduz
Die Räumlichkeiten wurden nach dem Auszug des Amtes für Handel und Transport renoviert und anschliessend von der Pensionsversicherung für das Staatspersonal bezogen.

Haus Melliger, Vaduz
Nach dem Auszug der Pensionsversicherung für das Staatspersonal und der Realisierung der notwendigen Umbauarbeiten konnte der Fachbereich Besoldung/Versicherungen des Amtes für Personal und Organisation diese Räume beziehen.

Haus Wille, Vaduz
Die nach dem Auszug des Fachbereichs Arbeitssicherheit des Amtes für Volkswirtschaft frei gewordenen Räumlichkeiten konnten durch die Stabsstelle Finanzen übernommen werden.

Oberschule Vaduz
Nach erfolgter Realisierung der notwendigen Umbauarbeiten wurden die Räumlichkeiten durch das 10. Schuljahr übernommen.

Informatik

Projekte

Partizipation des Fürstentums Liechtenstein am Betriebsverbund LAWIS (Landwirtschaftliches Informationssystem)
Heute werden die Direktzahlungen in der Schweiz mit sechs unterschiedlichen kantonalen Systemen administriert. Eines davon ist das System LAWIS, welches in den Kantonen LU, TG, SH, ZG, BS/BL eingesetzt wird. Das Fürstentum Liechtenstein hat sich im Jahr 2002 den genannten Kantonen angeschlossen und setzt seither eine auf Liechtenstein angepasste Version von LAWIS 2.0 ein.

Die neuen Regelungen des Landwirtschaftsgesetzes und der Verordnungen führen zu Änderungen bei verschiedenen agrarpolitischen Massnahmen. Aufgrund dieser Änderungen hätte die Fachapplikation umfassend angepasst werden müssen, was aufgrund ihres Alters aus wirtschaftlicher Sicht keinen Sinn machte. Liechtenstein beteiligt sich deshalb am Betriebsverbund LAWIS 3.0 und kann so von wesentlich geringeren Entwicklungskosten gegenüber einer eigenständigen Lösung profitieren.

Informatiklösung beim Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt
Für das Öffentlichkeitsregister wurde das Programm HR-Net für die Abwicklung der erforderlichen Geschäftsprozesse im Herbst 2010 eingeführt und alle Daten aus der alten Anwendung HR-Win migriert. Damit konnte die Anwendung HR-Win abgelöst und angepasste Geschäftsprozesse mit eingeführt werden. Ergänzend wurden die vorhandenen Schnittstellen angepasst sowie das Konzept zur Einführung einer neuen Lösung für das Finanz- und Rechnungswesen im Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt finalisiert. Hardwaremässig mussten im Berichtsjahr zwei veraltete Hochleistungsscanner ersetzt werden.

Grundbuchsoftware Terris: Releasewechsel sowie Schnittstellenanpassungen
Die Grundbuchsoftware Terris inklusive der Internetplattform TERintra GBOERA wurde auf die neueste Version aktualisiert. Über eine XML-Schnittstelle wurde die Baurechts-Applikation des Hochbauamtes angebunden.

Durch die Ablösung der Öffentlichkeitsregisterlösung musste die bidirektionale Schnittstelle zum zentralen Personenregister neu gestaltet werden. Im Weiteren wurde für die Abteilung «Direkte Steuern» der Steuerverwaltung eine Schnittstelle zu den Grundbuchdaten realisiert.

Beschaffung einer Softwarelösung zur Lärmberechnung
Gemäss Art. 67 des Umweltschutzgesetzes (USG) sind die Lärmimmissionen zu ermitteln und diese in einem öffentlich zugänglichen Kataster festzuhalten. Näheres wird in der Lärmschutzverordnung (LSV) geregelt. Damit das Amt für Umweltschutz dieses Aufgabenfeld abdecken kann, wurde eine Softwarelösung zur Lärmberechnung beschafft.

Realisierung von diversen Schnittstellen zum Management Informations System des Amtes für Volkswirtschaft
Das Amt für Volkswirtschaft hat ein Management Informations System eingeführt. Das System bereitet wichtige Informationen für die einzelnen Abteilungen des AVW auf und muss dafür auf verschiedenste Datenbanken der Landesverwaltung zugreifen. Die eingeführte MIS-Lösung benötigt hierzu entsprechend angepasste Schnittstellen. Diese wurden im Berichtsjahr realisiert.

Beschaffung einer Analysesoftware für die Stabsstelle Financial Intelligence Unit (FIU)
Die bestehende Geschäftskontrolle der Stabsstelle FIU verfügt über lediglich rudimentäre Funktionen zur einfachen statistischen Auswertung der Verdachtsmitteilungen. Neue praktische Bedürfnisse (Anfragen internationaler Gremien, neue Muster in der Vorgehensweise Verdächtiger etc.) erhöhten jedoch die Anforderungen an die Datenanalyse und die Auswertung der fallbezogenen Informationen. Da mit den bestehenden Instrumenten diesen gestiegenen Anforderungen nicht mehr genügend entsprochen werden konnte, wurde eine spezielle Analysesoftware beschafft und eingeführt.

Gesetz für den Betrieb eines Zentralen Personenregisters
Die im Herbst 2009 gestarteten Arbeiten für die Ausarbeitung eines Gesetzes für den Betrieb eines zentralen Personenregisters wurden 2010 weitergeführt und ein Entwurf fertig gestellt. Der Gesetzesentwurf wurde im Oktober 2010 von der Regierung zur Vernehmlassung mit Frist bis zum 14. Januar 2011 freigegeben.

Anschaffung eines neuen Vermessungsprogramms für das Tiefbauamt
Zu den Aufgabengebieten der Abteilung Vermessung und Geoinformation des Tiefbauamtes gehören gemäss Vermessungsgesetz der Unterhalt des Grundlagen-Fixpunktnetzes der Amtlichen Vermessung sowie der Unterhalt der Staats- und Gemeindegrenzen. Für diverse Amtsstellen werden diesbezüglich Vermessungsaufgaben durchgeführt. Für die Berechnung und Auswertung dieser Vermessungen wird eine geeignete Softwarelösung benötigt. Da das bisher eingesetzte Produkt veraltet war und vom Hersteller nicht mehr gewartet wurde, musste eine neue Softwarelösung beschafft werden.

Anpassung der EDV-Lösung für die Energiefachstelle
Das Energieeffizienzgesetz sieht in Art. 4 Ziff. 3 vor, dass jede Massnahme nur einmal gefördert werden kann. Erweiterungen von bestehenden und bereits geförderten Anlagen werden nicht gefördert. Um die Kontrolle der Gesamtbegrenzung der Förderung pro Parzelle effizienter zu machen und das Risiko von Fehlern zu minimieren, wurde die Fachapplikation der Energiefachstelle des Amts für Volkswirtschaft dementsprechend erweitert.

Realisierung einer Online-Schnittstelle zwischen der MFK-Lösung und den Systemen der Landespolizei
Um der Landespolizei einen umfassenden und aktuellen Zugriff auf die Halter- und Fahrzeugdaten gewährleisten zu können, wurde eine Online-Schnittstelle realisiert, welche den Systemen der Landespolizei den direkten Zugriff auf die Daten der Motorfahrzeugkontrolle ermöglicht.

Migration der Oracle-Datenbanken
Die zentralen Datenbanken wurden auf eine neue Oracle Version und zugleich auf eine neue Systemplattform migriert. Dies gewährleistet die Bereitstellung von qualitativ hochstehenden Datenbanklösungen für die nächsten Jahre. Zugleich konnten die Unterhaltskosten reduziert und die IT-Systeme wieder einer gesicherten Herstellerwartung zugeführt werden.

Spezifische Überprüfungen der IT-Sicherheit von eGovernment Basisdiensten
Die bereits realisierten eGovernment-Anwendungen im Rahmen der IT- und eGovernment-Strategie 2011 wurden einer spezifischen Überprüfung bezüglich der IT-Sicherheit unterzogen. Aufgrund der daraus gewonnenen Erkenntnisse können die Schwachstellen nun gezielt angegangen werden.

Aufbau einer serviceorientierten Integrationsplattform (SOA-Infrastruktur)
Mit dem Ziel, auf Basis der heute bei der Landesverwaltung im Einsatz stehenden ORACLE-Datenbanken eine Systemplattform zu schaffen, die es erlaubt, transaktionsorientierte Anwendungen für den Bürger und sichere Schnittstellen für Unternehmen anzubieten, wurde 2010 ein entsprechendes Projekt gestartet. Die Einführung der Integrationsplattform ist auf Anfang 2011 geplant.

Ablösung der bestehenden EDV-Lösung für die Denkmalpflege beim Hochbauamt
Die veraltete EDV-Lösung für die Denkmalpflege (DE-

KUS) beim Hochbauamt musste ersetzt werden, da künftig weder die Wartung noch die Weiterentwicklung sichergestellt werden konnte. Mit dem Einsatz eines Zusatzmoduls zur bestehenden Baurechtslösung wurde eine elegante und kostengünstige Lösung gefunden.

Anpassung der IT-Lösungen der Steuerverwaltung aufgrund der Revision der Steuergesetzgebung
Die Arbeiten für die Umsetzung der Steuerreform per 1. Januar 2012 für das Steuerjahr 2011 bildeten den Schwerpunkt bei der Steuerverwaltung. Technisch erneuert wurden die gesamten INES-Anwendungen inkl. Framework mit den zugrundeliegenden Programmen inkl. Outputmanagement und der eGovernment-Anwendung für die Lohnsteuern. Abgeschlossen wurden zudem die Sofortmassnahmen für die notwendigen Anpassungen an den Programmen für die natürlichen und juristischen Personen, beim Register sowie bei der Veranlagung. Zudem wurde die Detailspezifikation für die Module «Register» und «Bezug» erarbeitet. Im Weiteren wurde der Datenaustausch für die Lohnmeldungen der Arbeitnehmerdaten wie auch die Corporate Identity angepasst.

Arbeiten im Bereich der MwSt.-Lösung bei der Steuerverwaltung
In der Abteilung Mehrwertsteuer der Steuerverwaltung wurde die MwSt-Anwendung technisch komplett erneuert (Server-Hardware, Datenbankmigration, Anpassungen an den Entwicklungswerkzeugen). Die notwendigen Anpassungen aufgrund der schweizerischen Mehrwertsteuerreform wie auch die Satzanpassung auf 8% wurden fristgerecht abgeschlossen.

Anpassung der EDV-Lösung für das Gewerberegister beim Amt für Volkswirtschaft
Der Landtag des Fürstentums Liechtenstein hat am 23. September 2010 die Abänderung des Gewerbegesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen sowie zur Schaffung von Erleichterungen für Gewerbetreibende verabschiedet. Aufgrund der geänderten Gesetzgebung musste die EDV-Lösung angepasst werden. Weitere Anpassungen waren im Zusammenhang mit der Systematik der Wirtschaftszweige «NOGA 2008» notwendig.

Upgrade des Statistikprogramms SAS
Im Amt für Statistik wurde die Statistik Software SAS sowohl im Server- als auch im Client-Bereich auf die neueste Version 9.2 umgestellt. Im Weiteren wurden das bestehende Datawarehouse, die Volkszählungsdatenbank sowie die Baurechtslösung über Schnittstellen in SAS eingebunden.

Realisierung eines Computerprogramms zur automatisierten Anonymisierung von Personendaten
Für Test- und Entwicklungszwecke müssen immer wieder Datenbestände zur Verfügung gestellt werden. Da diese vielfach Personendaten enthalten, müssen diese vorgängig aufwändig anonymisiert werden. Um diesen Prozess beschleunigen und automatisieren zu können, wurde ein spezifisches Computerprogramm realisiert.

Migration der Datenbanklösung für das Landesarchiv auf Release 5.0
Die Software scopeArchiv des Landesarchivs wurde auf die aktuellste Version 5 migriert. Diese Version liefert die Grundvoraussetzung für zukünftige Projekte im Bereich der elektronischen Langfristarchivierung mittels scopeIngest sowie die System-Anbindung an die ECM-Lösung Fabasoft zur elektronischen Ablieferung von Dokumenten von den Amtsstellen an das Landesarchiv.

Erweiterung der EDV-Lösung «Transportunternehmensregister» beim Amt für Handel und Transport
Gemäss der gesetzlichen Vorgabe aus dem Strassentransportgesetz wurde beim Amt für Handel und Transport im Dezember 2008 eine neue EDV-Lösung für die Führung des Registers der Strassentransportunternehmen implementiert und damit die bis dahin manuelle Führung der Datenbestände in Excel abgelöst. Allerdings wurde zu diesem Zeitpunkt lediglich ein Basissystem zur Erfassung und Verwaltung der Daten realisiert, ohne weitere Funktionalität.

Im Berichtsjahr wurde der Ausbau der Applikation mit weiteren notwendigen Funktionen, wie das Erstellen von Registerauszügen, der Gewährleistung eines behördlichen Abrufverfahrens zur Datenbekanntgabe sowie statistische Auswertungen spezifiziert. Die Realisierungsarbeiten wurden begonnen, können jedoch erst im Jahr 2011 abgeschlossen werden.

Anpassung der EDV-Lösung bei der Motorfahrzeugkontrolle
Die EDV-Lösung «Cari» wurde im November 2009 bei der Motorfahrzeugkontrolle in Betrieb genommen. Cari ist eine Schweizer Standardlösung, welche grösstenteils auf die speziellen Bedürfnisse Liechtensteins angepasst wurde. Im Bereich Rechnungsgenerierung waren diese jedoch noch nicht vollumfänglich berücksichtigt, weshalb die Lösung in diesem Bereich angepasst werden musste.

Anpassung der Fachapplikation des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung
Die Softwarelösung BEB2k wird beim Amt für Berufsbildung und Berufsberatung für die Verwaltung der Kundendossiers im Bereich Berufsberatung eingesetzt. Damit sämtliche im System vorhandenen Daten optimal ausgewertet werden können, war die Anschaffung des Moduls «Reporting» erforderlich. Die darin vordefinierten Berichte können in eine übersichtliche Menu Struktur eingebunden, berechtigungsgesteuert ausgeführt und flexibel formatiert bzw. ausgegeben werden. Dieser Zusatz macht die Fachapplikation noch leistungsfähiger und individueller einsetzbar.

Active Directory / Mail-Infrastruktur
Zur Erneuerung des Berechtigungsverzeichnis «Active Directory» (AD) und der bestehenden internen Mailserverinfrastruktur wurden die Konzepte erstellt. Das AD wurde noch im Berichtsjahr aktualisiert, das Mailsystem ist auf 2011 vorgesehen.

Ausbau der Mail-Firewall
Am Übergang vom internen Kommunikationsnetz zum Internet sind zwei voneinander unabhängige Systeme für die Mailverschlüsselung und das Firewalling (Virenschutz, Antispam) zuständig. Während das Verschlüsselungssystem bereits als hochverfügbares Clustersystem realisiert war, wurde nun auch die Mail-Firewall zu einem Clustersystem ausgebaut. Damit ist nun die gesamte Mailinfrastruktur als hochverfügbarer Service realisiert.

Neues Rechenzentrum
Nach der Abnahme des neuen Rechenzentrums im März 2010, wurden bis Mitte Mai 2010 die notwendigen Erweiterungen des Kommunikationsnetzwerkes realisiert. Anschliessend wurde mit dem Umzug begonnen. An insgesamt fünf Wochenenden wurden die IT-Systeme vom alten ins neue Rechenzentrum verlegt. Per Ende Juni 2010 waren bereits rund 90% der IT-Infrastruktur ins neue Rechenzentrum verschoben. Dank guter Vorbereitung ging der Umzug ohne grössere Probleme und für die BenutzerInnen praktisch unbemerkt über die Bühne.

Ersatz veralteter Serversysteme
Diverse Serversysteme wurden im Berichtsjahr durch neue Systeme ersetzt. Dabei erfolgt nicht immer ein direkter Ersatz durch neue Hardware. Wenn möglich werden dabei die Serversysteme auf der Virtualisierungsplattform als virtuelle Maschine (VM) bereitgestellt.

Datensicherungskonzept
Alters- und kapazitätsbedingt musste der bestehende Bandroboter, der für die zentrale Datensicherung eingesetzt wird, ersetzt werden. Das Projekt konnte termingerecht und ohne grössere Probleme umgesetzt werden.

Ersatz und Neubeschaffung von Arbeitsplatzcomputern
Die Landesverwaltung verfolgt die Strategie des rollenden Ersatzes von ausgedienten Arbeitsplatzcomputern, sodass die Geräte möglichst lange im Einsatz sind. Im Laufe des Jahres mussten altersbedingt rund 80 Geräte ausgetauscht werden.

Ablösung mehrerer Multifunktionsgeräte
Insgesamt mussten bei sechs Amtsstellen veraltete und störungsanfällige Multifunktionsgeräte (Drucker/Kopierer) ausgetauscht werden.

Inbetriebnahme einer Softwareverteilungslösung
Aufgrund der stetig steigenden Anzahl an BenutzerInnen in der Landesverwaltung und der immer komplexer werdenden Systemumgebung, ist eine unternehmensweite Softwareverteilung und Standardisierung ein unverzichtbares Mittel, um die anfallenden Kosten bei der Verwaltung von Clients und Servern möglichst gering zu halten. Aus diesem Grund wurde die im Jahr 2009 getestete Lösung im Berichtsjahr beschafft und eingeführt.

Schengen/Dublin Projekte
Im Rahmen der Mitarbeit in der Arbeitsgruppe «Operative Umsetzung Schengen/Dublin» leistete das Amt für Personal und Organisation einen wesentlichen Beitrag zur Erledigung der vielschichtigen Aufgaben. Die Realisierung der «Schengen/Dublin» IT-Teilprojekte «sTESTA», «VISION», «VISMAIL», «N-VIS», «EURODAC» konnten im Jahre 2009 bereits abgeschlossen werden. Die Tätigkeiten 2010 konzentrierten sich auf funktionale Anpassungen der Infrastruktur sowie deren Überprüfung in den verschiedenen Teilbereichen.

EU / EWR

Im Bereich der Dienstleistungsrichtlinie wurden zusammen mit der Stabsstelle EWR und weiteren Amtsstellen die konzeptionellen Arbeiten für die Bereitstellung identifizierter Behördendienste fortgesetzt. Der Einstiegspunkt für den nationalen einheitlichen Ansprechpartner wurde realisiert und ist zentral via www.eu-go.eu oder direkt unter www.eu-go.li erreichbar.

Das Projekt EESSI (Electronic Exchange of Social Security Information, Elektronischer Austausch von Sozialversicherungsdaten) hat zum Ziel, den Schutz der Rechte der Bürger zu verstärken, indem für die Anwendung der EU-Vorschriften zur Koordinierung der Sozialversicherungssysteme ein elektronisches System eingesetzt wird. Gemäss der Frist von zwei Jahren für die Umsetzung ab Inkrafttreten der neuen Regelungen haben alle beteiligten Staaten bis Mai 2012 Zeit, um sich an EESSI anzuschliessen und den Datenaustausch über Papierformulare zu beenden.

Im Berichtsjahr konnte die funktionale Überprüfung des netzwerktechnischen Zugriffs auf die zentralen EESSI Komponenten erfolgreich abgeschlossen werden. Die Basis für die Integration der nationalen LIE-EESSI-Infrastruktur ist somit geschaffen.

Kommunikation

Ausbau Kommunikationsnetzwerk
Im Berichtsjahr wurde das neue Bürogebäude der FMA an der Immagasse in Vaduz an das Kommunikationsnetzwerk der Landesverwaltung angeschlossen. Die beiden bisher von der FMA genutzten Gebäude wurden vom Netzwerk abgetrennt. Neu ins Netzwerk integriert wurden auch die Räumlichkeiten der LBA beim Busbahnhof in Schaan.

Zentrale Netzwerkdienste
Die Basis für ein funktionierendes Kommunikationsnetzwerk bildet nicht nur die eingesetzte Hardware, sondern auch diverse Netzwerkdienste wie DNS, DHCP oder NTP. Das System, welches diese zentralen Netzwerkdienste zur Verfügung stellt, wurde im Berichtsjahr altersbedingt durch ein modernes, ausfallsicheres System ersetzt.

Erneuerung Firewall-Infrastruktur
Die Firewall-Infrastruktur regelt heute nicht nur einen geschützten Übergang zum Internet, sondern auch die Anbindung zu diversen Fremdnetzen, insbesondere der Schweizerischen Bundesverwaltung und zu Schengen (sTESTA - Secured Trans European Services for Telematics between Administrations). Die gesamte Infrastruktur wurde auf den aktuellen Software-Release angehoben. Veraltete Hardware, welche für die Ausführung der aktuellen Betriebssoftware nicht mehr geeignet war, wurde bei diesem Arbeitsschritt ersetzt.

Telefonie
Die Telefoninfrastruktur der Landespolizei wurde auf die neue Telefonanlage migriert. Damit konnte die letzte Phase aus dem Projekt «Neue Telefonzentrale» abgeschlossen werden. Im Vorfeld mussten noch diverse spezifische Funktionen für die Einsatzleitzentrale der Landespolizei auf die neue Anlage portiert werden, weshalb sich die definitive Abschaltung der alten Anlage gegenüber der ursprünglichen Planung etwas verzögerte.

IT-Sicherheit

Lösung zur Aufspürung von Sicherheitslücken gegenüber dem Internet
Um einen gesamtheitlichen Überblick über den Stand der Sicherheit gegenüber dem Internet in einem sich stetig und rasch verändernden Umfeld haben zu können, wurde ein Softwareprodukt zur Aufspürung von Sicherheitslecks beschafft. Damit können Scans zur Überprüfung der Infrastruktur auf Sicherheitslücken ausgeführt werden, um anschliessend anhand der ausgewerteten Resultate entsprechende Massnahmen sofort umsetzen zu können.

Dokumentationsverwaltungslösung
Um die Verwaltung der operativen Dokumente zu vereinfachen, die Versionierung sicherzustellen und auch bei Krankheits- und Ferienabwesenheiten der verantwortlichen Personen einen raschen und zuverlässigen Zugriff auf die benötigten Informationen gewährleisten zu können, wurde eine informatikgestützte Verwaltung der Systemdokumentationen eingeführt.

Information Security Management System
Der im Jahr 2009 begonnene Aufbau eines Information Security Management Systems (ISMS) wurde sukzessive weiter vorangetrieben. Die Themen «Informations-Sicherheitspolitik» und «Informations-Sicherheits-Management-System» konnten der Regierung anlässlich einer Regierungssitzung präsentiert werden.

Interne Druckerei

Ersatz beider Zentraldrucker/-kopierer der internen Druckerei
Aufgrund ihres Alters mussten sowohl das schwarz/weiss wie auch das Farbsystem der internen Druckerei ausgetauscht werden. Der Austausch der beiden Druck-/Kopiersysteme erfolgte ohne nennenswerte Probleme, die Amtsstellen der Landesverwaltung konnten nahezu unterbruchsfrei bedient werden. Die Betriebskosten der neuen Geräte sind gegenüber den alten wesentlich niedriger, sodass sich die Kosten pro bedruckter Seite um bis zu 40% reduzieren.

Ausbau des Kuvertiersystems
Das Kuvertiersystem ist um eine Zufuhr für Spezialformate erweitert worden. Damit wird ein schon mehrfach geäussertes Bedürfnis der Amtsstellen, beim Kuvertieren Beilagen in Spezialformaten zuschiessen zu können, abgedeckt.

Papierverbrauch
Der Papierverbrauch hat sich im Jahr 2010 auf dem Niveau des Vorjahres eingependelt. Äusserst erfreulich ist, dass im Jahr 2010 erstmals zu 100% Recycling Papier verwendet wurde.

	2010		2009		2008		2007		2006	
	kg	**%**	kg	%	kg	%	Kg	%	kg	%
Recycling in kg	**57'541**	**100**	53'200	92.48	58'562	83.42	46'200	76.95	52'930	82.25
Andere in kg	**0**	**0**	4'323	7.52	11'633	16.58	13'822	23.05	11'420	17.75
Total	**57'541**		**58'023**		**70'195**		**60'033**		**64'350**	

Presse- und Informationsamt

Amtsleiterin: Daniela Clavadetscher

Das Presse- und Informationsamt ist zuständig für die behördliche Information nach aussen und nach innen. Die Information nach aussen, d.h. die Information der Öffentlichkeit über behördliche Aktivitäten und Massnahmen, geschieht über die Medien durch Pressemitteilungen und durch die Durchführung von Medienkonferenzen sowie direkt über den Landeskanal und das Internet. Die Information nach innen umfasst die Berichterstattung über Liechtenstein-Artikel in ausländischen Medien. Weiters gehört die Organisation des Staatsfeiertages am 15. August zu den Hauptaufgaben des Presse- und Informationsamtes.

Redaktion

Pressemitteilungen
Im Jahr 2010 wurden 842 Pressemitteilungen verschickt. Die Pressemitteilungen werden über eine Web-Maske direkt in ein Satellitennetz eingespeist und können so zeitgleich an die Redaktionssysteme von mehr als 330 tagesaktuellen Medien geschickt werden. Die Pressemitteilungen finden auch Eingang in Presseportale. Unter der Homepage des Presse- und Informationsamtes sowie unter www.presseportal.ch können die Pressemitteilungen als RSS-Newsfeed abonniert werden.

Medienbetreuung

Mediengespräche und Medienkonferenzen
Das Presse- und Informationsamt organisierte im Berichtsjahr 11 Mediengespräche der Regierung und 99 Medienkonferenzen. Die Mediengespräche finden in der Regel jeweils am Tag nach der Regierungssitzung statt und dienen der Information über wichtige Beschlüsse der Regierung und über weitere aktuelle Themen. Die Medienkonferenzen hingegen sind jeweils einem bestimmten Schwerpunktthema gewidmet und werden im Anlassfall durchgeführt.

Fototermine
Bei 34 offiziellen Anlässen wurden den Medien Fototermine angeboten. Zusätzlich hat das Presse- und Informationsamt bei 47 wichtigen offiziellen Anlässen Fotografen engagiert und die Fotos via Internet zugänglich gemacht (Fotoservice mit Poolfotografen).

Medienanlässe
Jeweils rund 50 Medienleute nahmen die Einladung des Presse- und Informationsamtes zum Medien-Sommertreffen am 23. Juni und zum Medien-Jahresabschluss am 22. Dezember an. Diese jährlich wiederkehrenden Anlässe bieten den teilnehmenden Regierungsmitgliedern Gelegenheit, die Medien in ungezwungener Atmosphäre über Schwerpunkte der Regierungsarbeit zu informieren.

Zu folgenden offiziellen Anlässen wurde vom Presse- und Informationsamt die Medieninformation und -betreuung organisiert: Tag der offenen Tür beim 10. Freiwilligen Schuljahr, Tag der offenen Tür auf Burg Gutenberg, Balzers, Tag der offenen Tür beim Landesforstbetrieb sowie Volkszählung 2010.

Interviewanfragen
Seit Herbst 2010 werden Anfragen für Interviews mit den Regierungsmitgliedern wieder zentral über das Presse- und Informationsamt entgegengenommen. Bis Ende 2010 konnten 18 Interviewanfragen bearbeitet werden.

Beobachtung der Liechtenstein-Berichterstattung

Schwerpunkte der Berichterstattung in ausländischen Medien
Das vorherrschende Thema der Liechtenstein-Berichterstattung in ausländischen Medien betraf weiterhin den Finanzdienstleistungsplatz. Im Jahr 2010 wurden von den Medienbeobachtungsfirmen insgesamt rund 5'000 Ausschnitte geliefert.

Pressespiegel
Im Berichtsjahr wurden 212 tagesaktuelle Pressespiegel erstellt und intern (Landtag, Regierung sowie verschiedene Amtsstellen) verteilt. Der Pressespiegel enthält eine Zusammenstellung der wichtigsten Liechtenstein-Meldungen in ausländischen Medien. Die Presseausschnitte werden innerhalb der Landesverwaltung auch via Intranet zur Verfügung gestellt.

Informationsübermittlung via Landeskanal und Internet

Landeskanal
Der Landeskanal ist ein in Liechtenstein über Kabel empfangbarer Fernsehkanal, der mit zwei Systemen (Vollbild- und Teletexsystem) Textnachrichten aus Regierung und Verwaltung übermittelt. Diese Nachrichtenübermittlung erfolgt im 24-Stunden-Dauerbetrieb. Die Textinformationen sind auch im Internet unter www.pia.llv.li - Landeskanal abrufbar.

Während den Landtagssitzungen wird der Landeskanal dem Landtagssekretariat zur Verfügung gestellt. Im Auftrag des Landtagssekretariats werden von einer Firma die Landtagseröffnung und die Landtagssitzungen als Tonsendungen mit Standbildern am Landeskanal live übertragen.

Bei Abstimmungen und Wahlen informiert der Landeskanal rasch und umfassend über die Ergebnisse. Im Jahr 2010 betraf dies die Abstimmung über den Industriezubringer in Schaan am 14. März.

Live- Sendungen und Film-Ausstrahlungen
Der Film «2009 in Bildern», ein im Auftrag des Landesarchivs erstellter filmischer Jahresrückblick, wurde an drei Tagen Ende Januar jeweils viermal pro Tag ausgestrahlt. Am 15. August wurde der offizielle Teil des Staatsfeiertags (Feldmesse und Ansprachen von Erbprinz und Landtagspräsident) am Landeskanal live übertragen. Die aufgezeichnete Sendung wurde am 18. und 19. August nochmals ausgestrahlt.

Am 3. September wurde das Länderspiel Liechtenstein-Spanien aus dem Rheinparkstadion live am Landeskanal übertragen.

Internet-Angebote
Unter www.pia.llv.li bietet das Presse- und Informationsamt umfangreiche Informationen an. Insgesamt konnten rund 250'000 Zugriffe von rund 21'000 verschiedenen Usern verzeichnet werden. Sehr beliebt sind die Pressemitteilungen und die Pressefotos. Rund 8 GB an Informationen wurde von den Besuchern heruntergeladen.

Weitere vom Presse- und Informationsamt betreute Websites sind www.landtagswahlen.li, www.gemeindewahlen.li und www.abstimmung.li. Über die letztgenannte Internet-Seite wurde am 14. März über die Abstimmung «Industriezubringer Schaan» informiert.

Mitte 2010 wurde dem Presse- und Informationsamt auch die Betreuung eines Teils der Regierungshomepage (www.regierung.li) übertragen: Das Presse- und Informationsamt bestückt die Homepage mit den Pressemitteilungen über die Regierungstätigkeit und sorgt somit für täglich top-aktuelle Informationen auf der Einstiegsseite.

Informationsvermittlung
Rund 1'200 Anfragen unterschiedlichster Art aus aller Welt gelangten an das Presse- und Informationsamt, davon rund 400 über die Website des Presse- und Informationsamtes und rund 800 über das Liechtenstein-Portal. Vom Presse- und Informationsamt konnten von den gesamthaft 1'200 Anfragen über 700 Anfragen direkt beantwortet werden; rund 100 wurden an die fachlich zuständigen Stellen zur Bearbeitung weitergeleitet, an rund 400 Auskunftssuchende wurde Informationsmaterial (Broschüren, Autogrammkarten) geschickt. Die meisten Anfragen kamen aus osteuropäischen Ländern (326), Deutschland (182) und den USA (162). Die Anfrager ersuchten vor allem um Autogramme der Regierungsmitglieder, touristische Informationen sowie Informationen zu Einreisebestimmungen und um das Zusenden von Informations- oder Werbematerial.

Staatsfeiertag
Der Staatsfeiertag wird von einem Organisationskomitee unter dem Vorsitz der Leiterin des Presse- und Informationsamtes durchgeführt. Der Staatsfeiertag 2010 verlief organisatorisch sehr zufriedenstellend, nur das Wetter spielte nicht mit. Der verregnete Staatsfeiertag vermochte trotzdem rund 20'000 Gäste nach Vaduz zu locken. Damit blieb er jedoch deutlich hinter dem «Kaiserwetter-Staatsfeiertag» des Jahres 2009 mit einem Besucherrekord von 40'000 Gästen zurück.

Kommissionen und Arbeitsgruppen
In verschiedenen Kommissionen, Arbeitsgruppen und bei Projekten wirkten (und wirken) die Amtsleiterin und der Stellvertreter der Amtsleiterin mit: Organisationskomitee 300 Jahre Liechtensteiner Oberland, Arbeitsgruppe Filmdokumentation, Medienkommission (Geschäftsstelle), Arbeitsgruppe Landeskanal, Kommission Öffentlichkeitsarbeit der Internationalen Bodenseekonferenz, Landesführungsstab und Lawinendienst.

Amt für Statistik

Amtsleiter: Dr. Wilfried Oehry

Aufgabe des Amtes für Statistik ist es, den Landes- und Gemeindebehörden sowie der Öffentlichkeit relevante, zuverlässige und kohärente statistische Informationen über Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt bereitzustellen. Das Informationsangebot des Amtes für Statistik umfasst 29 verschiedene statistische Publikationen. Sie stehen im Internet unter www.as.llv.li zur Verfügung.

Aufgaben und Publikationen
Um seinen Auftrag als statistisches Informationszentrum Liechtensteins zu erfüllen, führt das Amt für Statistik Datenerhebungen durch, erstellt statistische Publikationen, nimmt Sonderauswertungen vor und übermittelt statistische Daten insbesondere an Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Union. Die Verpflichtungen zu den Datenlieferungen an Eurostat ergeben sich aus dem EWR-Abkommen.

Das Amt für Statistik publiziert 29 verschiedene Publikationen, die zum Teil mehrfach pro Jahr erscheinen. Zu den wichtigsten statistischen Publikationen zählen das Statistische Jahrbuch, Liechtenstein in Zahlen, die Bevölkerungsstatistik, die Beschäftigungsstatistik und die Volkszählung. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 62 statistische Veröffentlichungen publiziert. In 70 elektronischen Newslettern wurden die Abonnenten über neue Ergebnisse und aktuelle Ereignisse informiert.

Datengrundlage für die meisten statistischen Publikationen sind Verwaltungsdaten, die von verschiedenen Amtsstellen oder von den Gemeinden im Zuge ihrer administrativen Tätigkeit erfasst werden. Das Amt für Statistik führt selbst nur sechs Befragungen durch. Es handelt sich dabei um die Befragungen für die Bankstatistik, die Beschäftigungsstatistik, die Energiestatistik und die Gütertransportstatistik sowie um die Konjunkturumfrage und die Volkszählung.

Neue statistische Informationen
Die Erstellung eines Indikatorensystems für eine nachhaltige Entwicklung war seit längerem ein Anliegen des Landtags und der Regierung. Im Berichtsjahr veröffentlichte das Amt für Statistik die erste Ausgabe der Publikation «Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung». Die Publikation zeigt anhand von 54 Indikatoren, inwieweit sich Liechtenstein in Richtung Nachhaltigkeit entwickelt. Das Indikatorensystem wurde in Zusammenarbeit mit dem Ressort Präsidium, dem Amt für Gesundheit, dem Amt für Umweltschutz und dem Amt für Volkswirtschaft entwickelt. Die Beurteilung der Entwicklung Liechtensteins in den letzten Jahren und Jahrzehnten ergibt ein differenziertes Bild hinsichtlich der Nachhaltigkeit.

In die Bevölkerungsstatistik wurden erstmals Angaben zur Lebenserwartung von Frauen und Männern auf verschiedenen Altersstufen aufgenommen. Die Lebenserwartung der Frauen bei Geburt lag im Jahr 2008 bei 85.4 Jahren, jene der Männer belief sich auf 80.0 Jahre.

Die Krankenkassenstatistik zum Jahr 2009 wurde erweitert mit statistischen Informationen zu den Spitälern, zur Finanzierung der Ausgaben im Gesundheitsbereich und zu den Medikamenten. Die zusätzlichen Informationen zu den Spitälern betreffen die mittlere Aufenthaltsdauer der Patienten im regionalen Vergleich, die Bruttoleistungen der Spitäler sowie die Anzahl Spitalentlassungen pro 1'000 Einwohner. Zudem wurden die in den Spitälern diagnostizierten Krankheitsfälle liechtensteinischer Patienten gemäss internationaler Klassifikation aufgeschlüsselt. Die Ausgaben im Gesundheitsbereich wurden nach Mittelherkunft und Mittelverwendung aufgegliedert. Dargestellt in der Krankenkassenstatistik sind nun auch die Umsätze und die Mengen kassenpflichtiger Medikamente nach therapeutischen Gruppen. Die Medikamente mit den grössten Umsatzanteilen entfallen auf Stoffwechselerkrankungen, das Nervensystem sowie Herz und Kreislauf.

In die Unfallversicherungsstatistik zum Jahr 2009 wurden neu Informationen zu den Lohnsummen nach Gefahrenklassen aufgenommen. Auf die beiden höchsten Gefahrenklassen 7 und 8 entfallen 11% der versicherten Lohnsumme.

Die Energiestatistik wurde erweitert mit Angaben über Holzpellets und thermische Sonnenkollektoren. Zudem wurden Angaben über die Fernwärme aufgenommen, welche die Kehrichtverbrennungsanlage Buchs neu nach Liechtenstein liefert. Die Fernwärme macht einen Anteil von 3.2% des gesamten Energieverbrauchs bzw. Energieimports aus.

Neue Statistikprojekte
Zu den neu gestarteten Statistikprojekten zählen die Umweltstatistik, die Unternehmensstatistik und die Einführung eines Unternehmensidentifikators.

Ziel des ersten Projektes ist die jährliche Erstellung einer Umweltstatistik, welche über die Situation und die Veränderung in den Bereichen Luft, Wasser, Boden, Landschaftsschutz, Biodiversität, Klimaschutz, Lärm und Abfall sowie über die Ausgaben im Umweltbereich informiert.

Die zukünftige Unternehmensstatistik soll Auskunft geben über den Bestand, die Neugründungen und die Schliessungen von Unternehmen und Arbeitsstätten. Zudem wird die Unternehmensstatistik Angaben über Neugründungsraten, Überlebensraten und Schliessungsraten von Unternehmen enthalten. Bis anhin publiziert das Amt für Statistik erst Informationen über den Bestand von Unternehmen und Arbeitsstätten.

Im Rahmen des Projekts Unternehmensidentifikator (UID) wird abgeklärt, welche Auswirkungen die Einführung eines Unternehmensidentifikators in der Schweiz auf Liechtenstein hat, insbesondere für die liechtensteinischen Unternehmen, und welche geeigneten Massnahmen zu ergreifen sind. Dabei soll auch geklärt werden, ob die Einführung eines liechtensteinischen Unternehmensidentifikators notwendig ist. In der Schweiz wird jedem Unternehmen eine eindeutige und unveränderliche Identifikationsnummer zugewiesen, welche als neue Mehrwertsteuernummer dient und im elektronischen Verkehr zwischen Unternehmen und öffentlichen Stellen eingesetzt wird.

Qualität
Auf europäischer Ebene nimmt das Thema Qualitätsmanagement in der Statistik einen hohen Stellenwert ein. In allen EWR-Mitgliedsstaaten und in der Schweiz wurden Peer Reviews durchgeführt, um die Einhaltung des Europäischen Verhaltenskodex für die statistischen Stellen zu überprüfen und um Verbesserungsmassnahmen zu vereinbaren. Die 15 Qualitätsgrundsätze des Europäischen Verhaltenskodex wurden auch in das Statistikgesetz aufgenommen.

Im Berichtsjahr wurden verschiedene statistische Publikationen mit dem neuen Kapitel «Methodik und Qualität» erweitert. Die Statistiknutzerinnen und -nutzer finden in diesem Kapitel sowohl Informationen zu Hauptinhalt, Verwendungszweck, Gegenstand, Datenquellen, Datenaufbereitung und Publikationsweise der Statistik als auch Angaben zu Relevanz, Genauigkeit, Aktualität, Pünktlichkeit, Kohärenz und Vergleichbarkeit dieser Statistik.

Volkszählung 2010
Die Volkszählung ist die wichtigste statistische Erhebung Liechtensteins. Sie liefert Informationen zu Ausbildung, Beruf, Verkehrsmittelnutzung, Sprache, Religion, Herkunft, doppelte Staatsbürgerschaft und Haushaltszusammensetzung sowie zu Gebäuden und Wohnungen. Um die Befragten zu entlasten, werden die Informationen soweit als möglich den elektronischen Registern entnommen. Im Vergleich zur Volkszählung 2000 wurde die Anzahl der Fragebogen von drei auf einen Fragebogen reduziert.

Verschickt wurde am 10. Dezember 2010 nur noch ein vierseitiger Personenfragebogen. Dank des Aufbaus

des Gebäude- und Wohnungsregisters und der Zusammenarbeit mit den Gemeinden konnte auf die früheren Haushaltsfragebogen und Gebäudefragebogen verzichtet werden. Der Personenfragebogen konnte zum ersten Mal im Internet beantwortet werden.

Für Fragen der Bevölkerung zur Volkszählung und zum Fragebogen richtete das Amt für Statistik eine telefonische Hotline ein, welche rege genutzt wurde. Wer Unterstützung beim Ausfüllen des Fragebogens benötigte, konnte zu den Gemeindeverwaltungen oder zum Amt für Statistik gehen.

Im Vorfeld und während der Volkszählung wurde die Bevölkerung über verschiedene Medien zu Zweck, Inhalt und Ablauf dieser statistischen Erhebung informiert. Bis zum 5. Januar 2011 fristgerecht abgegeben waren mehr als vier Fünftel der Fragebogen. Anschliessend versandte das Amt für Statistik zwei Erinnerungsschreiben. Ein Drittel der Fragebogen wurde im Internet beantwortet.

Liechtensteinisches Unternehmensregister

Das Amt für Statistik ist zuständig für das Liechtensteinische Unternehmensregister (LUR), in welchem alle in Liechtenstein ansässigen Unternehmen mit den im Inland und Ausland wohnhaften Beschäftigten erfasst sind. Das Unternehmensregister liefert die notwendigen Angaben für die Beschäftigungsstatistik und die Informationen zur erwerbstätigen Bevölkerung in der Bevölkerungsstatistik.

Die Unternehmen sind verpflichtet, dem Amt für Statistik die Eintritte und Austritte der Beschäftigten monatlich zu melden. Um die Qualität des Unternehmensregisters sicherzustellen, wird den Unternehmen jedes Jahr per Stichtag 31. Dezember eine Liste mit ihren Beschäftigten zur Durchsicht und allfälligen Korrektur zugestellt. Da 86% der rund 3'700 Unternehmen weniger als 10 Personen beschäftigen, ist der Beantwortungsaufwand für die meisten Unternehmen gering. Zudem können Unternehmen mit einer grossen Zahl Beschäftigter die Angaben zu ihrem Personalbestand in elektronischer Form einreichen. Die Rücklaufquote dieser Erhebung betrug im Berichtsjahr hohe 97.1%, wobei zwei Erinnerungsschreiben versandt wurden. Personen, welche vormals in einem Unternehmen beschäftigt waren und von keinem Unternehmen als beschäftigt gemeldet wurden, werden unter der Kategorie «Personen mit unbekannter Tätigkeit» erfasst. Im Juni 2010 wurden 650 Personen mit «unbekannter Tätigkeit» schriftlich befragt, ob sie eine neue Tätigkeit aufgenommen hatten oder mittlerweile nicht mehr erwerbstätig waren. Die Rücklaufquote betrug nach einem Erinnerungsschreiben 82.9%. Um die Qualität des Unternehmensregisters weiterhin zu gewährleisten, wurden verschiedene Merkmale des Registers mittels Kontrollabfragen geprüft.

Die Ergebnisse der im Berichtsjahr durchgeführten Erhebung wurden in der Beschäftigungsstatistik per 31. Dezember 2009 publiziert. Die Zahl der in Liechtenstein beschäftigten Personen hat sich im Jahr 2009 um 1.6% auf 32'877 Personen verringert. Damit wurde die seit dem Jahr 1993 anhaltende Wachstumsperiode erstmals unterbrochen. Im Vorjahr hatte sich die Beschäftigtenzahl um 980 Personen oder 3.0% erhöht. Ende 2009 wohnten 50.8% der Beschäftigten nicht in Liechtenstein, sondern pendelten täglich aus dem Ausland zu.

Sieben Rechtsakte in das EWR-Abkommen übernommen

Im Jahr 2010 wurden im Amtsblatt der Europäischen Union 26 Verordnungen veröffentlicht, welche die Statistik betrafen. Im Vorjahr waren es 31 Verordnungen gewesen. Im Berichtsjahr wurden in Folge der längeren Verfahrensdauer zwischen dem Zeitpunkt der Veröffentlichung im Europäischen Amtsblatt und der Annahme im Gemeinsamen EWR-Ausschuss lediglich sieben neue Verordnungen in den Anhang XXI des EWR-Abkommens übernommen, welche das Amt für Statistik betrafen. Im Vorjahr waren es 31 Verordnungen gewesen.

Ausgewählte statistische Informationen zum Berichtsjahr

Statistische Grössen	Zeitbezug	2010	2009	+/- in %
Ständige Bevölkerung	30. Juni	**36'010**	35'789	0.6%
Liechtensteiner	30. Juni	**24'076**	23'935	0.6%
Ausländer	30. Juni	**11'934**	11'854	0.7%
Erwerbstätige Bevölkerung	30. Juni	**17'762**	17'745	0.1%
Dienstleistungen	30. Juni	**11'901**	11'865	0.3%
Industrie	30. Juni	**5'663**	5'672	-0.2%
Landwirtschaft	30. Juni	**198**	208	-4.8%
Einbürgerungen (im Inland wohnhaft)	Jahr	**100**	103	-2.9%
Schüler an öffentlichen Schulen	Schuljahr	**4'782**	4'844	-1.3%
Arbeitslosenquote	Dezember	**2.2%**	3.0%	.
Jahresteuerung Konsumentenpreise	Dezember	**0.5%**	0.3%	.
Direkte Warenexporte (Mio. CHF)	Jahr	**3'324**	3'081	7.9%
Direkte Warenimporte (Mio. CHF)	Jahr	**1'880**	1'924	-2.3%
Gästeankünfte in Hotels	Sommersaison	**30'129**	31'224	-3.5%
Bestand Motorfahrzeuge	1. Juli	**35'291**	34'014	3.8%
davon Personenwagen	1. Juli	**26'890**	25'909	3.8%
Neuzulassungen Motorfahrzeuge	Jahr	**2'227**	2'126	4.8%
davon Personenwagen	Jahr	**1'782**	1'620	10.0%

Regierungskanzlei

Stabsstellenleiter: lic. ès sc. pol. Norbert Hemmerle

Im Berichtsjahr machten die Tagesgeschäfte einen Grossteil der Arbeit in der Regierungksanzlei aus. Daneben wurde eine Volksabstimmung – zum Referendumsbegehren «Industriezubringer Schaan» – durchgeführt. Die Führung der Geschäfte der Regierungskanzlei erfolgte selbständig durch den stellvertretenden Leiter, Peter Sele, unter der Aufsicht des Regierungssekretärs.

Kanzleiaufgaben

In der Regierungskanzlei sind die Bereiche Regierungskanzlei mit dem Schalter, die Registratur, die Telefonzentrale sowie die Beratungs- und Beschwerdestelle zusammengefasst. Die Kanzlei ist Ausgabestelle für verschiedene Publikationen der Regierung wie Staatskalender und Rechenschaftsbericht sowie Drucksachen im Gesetzgebungsprozess wie Vernehmlassungen, Berichte und Anträge der Regierung an den Landtag, Referendumsvorlagen, Landesgesetzblätter. Zudem ist sie Bewilligungsbehörde für diverse Themenbereiche und stellt Überbeglaubigungen aus.

Tagesgeschäfte
Die Beratungen und Hilfeleistungen, die von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Regierungskanzlei, der Telefonzentrale und der Registratur geleistet werden, können nicht oder nur schwer statistisch erfasst werden, sind aber ein sehr wichtiger Teil der täglichen Arbeit. Sie sind in den folgenden Ausführungen deshalb nicht enthalten.

Drucksachen
Die Regierungskanzlei koordiniert die Publikation des Rechenschaftsberichtes und des Staatskalenders.
- Der Rechenschaftsbericht 2009 wurde Anfang Mai 2010 fertig gestellt.
- Der Staatskalender wurde im Juli 2010 publiziert. Der Staatskalender wird auch im Internet in einer regelmässig aktualisierten Fassung als PDF-Download zur Verfügung gestellt.

Versand im Abonnement *(Anzahl Abonnenten per 31.12.2010)*	**2010**	2009
– Landesgesetzblätter	**199**	236
– Chronologische Sammlung (gebunden)	**81**	99
– Systematische Sammlung der liechtensteinischen Rechtsvorschriften (LR)	**101**	126
– EWR-Register	**58**	58
– Rechenschaftsbericht	**208**	193

In der Auflistung nicht erfasst sind alle Drucksachen, welche am Schalter bezogen oder telefonisch bestellt und verschickt wurden. Darunter fallen vor allem Landesgesetzblätter, Berichte und Anträge der Regierung an den Landtag, Vernehmlassungsberichte, Publikati-

onen der Regierung wie Staatskalender, Rechenschaftsbericht, EWR-Register, LR sowie diverse Antragsformulare, Listen und Verzeichnisse.

Beglaubigungen	**2010**	2009
– Apostillen	**15'108**	16'646
– Superbeglaubigungen	**979**	930
Total	**16'087**	17'576

Bewilligungen	**2010**	2009
Bewilligungen für das Offenhalten von Geschäften an Sonn- und Feiertagen		
– Einzelbewilligungen	**32**	21
– Halbjahresbewilligungen	**2**	3
– Jahresbewilligungen	**25**	23
Aufführungsbewilligungen		
– Konzerte, Unterhaltungsanlässe, Sportveranstaltungen, Ausstellungen	**57**	51
– Tanzshows in Dancings (Monatsbewilligungen)	**76**	71
Lottomatches	**74**	75
Hausierbewilligungen	**2**	1
Konzessionen		
– Konzessionen für den Kleinhandel mit nicht gebrannten alkoholischen Getränken	**44**	47
– Konzessionen für den Kleinhandel mit gebrannten alkoholischen Getränken	**37**	40
Wappengesetz		
– Anfragen, Ablehnungen, Anzeigen, Verwarnungen	**29**	25
– Erteilte Bewilligungen	**11**	7
Benützung Peter-Kaiser-Platz		
– Anfragen	**12**	18
– Erteilte Bewilligungen	**11**	14

Im Berichtsjahr wurden keinen neuen Bewilligungen nach dem Gesetz über die Zulassung von Dolmetschern und Übersetzern vor liechtensteinischen Gerichten und Verwaltungsbehörden erteilt (sieben Anfragen/Anträge). Auf der von der Regierungskanzlei geführten und im Internet unter www.rk.llv.li publizierten Liste waren per 31.12.2010 somit zwölf Personen geführt, welche die Sprachen Englisch, Französisch, Italienisch, Portugiesisch, Russisch, Weissrussisch und Ukrainisch abdecken.

Rechtshilfe in Zivilsachen	**2010**	2009
– Weiterleitung an FL-Botschaft bzw. an ausländische Behörden	**61**	56
– Zustellungen	**101**	90
– davon Amtshilfe	**0**	5

Anerkennung ausländischer Zivilstandsereignisse
Im Ausland eingetretene Zivilstandsereignisse (Eheschliessung, Ehescheidung, Adoption, Vaterschaftsanerkennung) werden von der Regierungskanzlei anerkannt. Die genauen Zahlen können dem Bericht des Zivilstandsamtes entnommen werden.

Politische Volksrechte

Im Berichtsjahr wurde eine Volksabstimmung über das Referendumsbegehren zum Finanzbeschluss über die Genehmigung eines Verpflichtungskredits für die Realisierung des Industriezubringers Schaan am 12. und 14. März 2010 durchgeführt.

Bei den Vermittlerwahlen 2010 war die Regierungskanzlei vor allem in organisatorischer Hinsicht tätig, ebenso bei den Vorbereitungen zu den am 18. und 20. Februar 2011 stattfindenden Gemeindewahlen.

Diverses

Interreg IV A
Im Januar 2006 wurde von den Programmverantwortlichen eine international besetzte Programmierungsgruppe «Interreg Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein 2007–2013» zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eingerichtet. Das Programm zielt auf eine nachhaltige wirtschaftliche Weiterentwicklung der Region und den Aus- und Aufbau von Netzwerken in den verschiedensten Bereichen ab.

Der stellvertretende Leiter der Regierungskanzlei ist Mitglied der Programmierungsgruppe und nimmt auch den Einsitz Liechtensteins im Lenkungsausschuss wahr. Zu den Aufgaben gehört unter anderem die Funktion als Informations- und Anlaufstelle.

Weiters sind in diesem Gremium vertreten: Das Amt der Vorarlberger Landesregierung, Bregenz, für Österreich; die Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK) - Sekretariat, Kanton St. Gallen, für die Schweizer Kantone; das Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, München, für den Freistaat Bayern; die Regierung von Schwaben, Augsburg, für den Regierungsbezirk Schwaben und das Regierungspräsidium Tübingen für das Land Baden-Württemberg.

Beratungs- und Beschwerdestelle
Die Beratungs- und Beschwerdestelle ist Anlauf- und Auskunftsstelle für rat- und hilfesuchende Personen. Sie übernimmt meist die Funktion einer Triage zwischen der Bevölkerung und den zuständigen Regierungs- und Amtsstellen, wo qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter spezifische Auskünfte erteilen können. Es wenden sich aber auch Personen an die Beratungs- und Beschwerdestelle, welche auf Grund von Entscheidungen von Amtsstellen nach deren Entscheidungsgrundlagen suchen. Sie möchten sich an einer

«neutralen» Stelle nach den gesetzlichen Hintergründen erkundigen.

Die von der Beratungs- und Beschwerdestelle entgegengenommenen Anfragen betrafen Auskünfte zu Tätigkeiten in einzelnen Amtsstellen. Weil auch die Regierungskanzlei oft Anlaufstelle für allgemeine Auskünfte ist und die Beratungs- und Beschwerdestelle personell in die Regierungskanzlei integriert ist, sind die Übergänge fliessend. Viele Anfragen und Hilfeleistungen werden deshalb nicht statistisch erfasst.

Rechtsdienst der Regierung

Amtsleiterin: Dr. iur. Marion Frick-Tabarelli

Die Aufgaben des Rechtsdienstes bestehen gemäss Verordnung LGBl. 1987 Nr. 5 idgF schwerpunktmässig aus den Bereichen Ausarbeitung von Rechtsgutachten zuhanden der Regierung, legistische Überprüfung von Rechtsvorschriften und Publikation der Landesgesetzblätter. Daneben ist der Rechtsdienst für eine Vielzahl weiterer Angelegenheiten zuständig, wie bspw. für die innerstaatliche Umsetzung von Sanktionsmassnahmen, die Bereinigung der Anlagen zum Zollvertrag und zu den anderen Verträgen mit der Schweiz, die Kontrolle der Unterhaltsbevorschussungen als Vertreter des öffentlichen Rechts sowie die Aktualisierung und Betreuung der verschiedenen Rechtsdatenbanken, wie insbesondere der auf der Website www.gesetze.li angebotenen Gesetzesdatenbank LILEX. Schliesslich unterstützt der Rechtsdienst die Regierung durch seine Mitarbeit in verschiedenen Arbeitsgruppen und Kommissionen.

Im Berichtsjahr wurden wiederum zahlreiche Rechtsgutachten unterschiedlichen Umfangs erstattet. Sie standen meist in engem Zusammenhang mit Gesetzgebungsvorhaben oder aktuellen Fragestellungen der Regierung und betrafen sämtliche Bereiche der liechtensteinischen Rechtsordnung.

Im Legistikbereich sind vorrangig zu nennen die Totalrevisionen bzw. umfassenden Revisionen im Bereich des allgemeinen Verwaltungs- und Staatsrechts (ua Staatsanwaltschaftsgesetz, Staatsschutzgesetzgebung), der Finanz- und Wirtschaftsgesetzgebung (ua Dienstleistungsgesetzgebung, Geldspielgesetzgebung, Steuergesetzgebung, Finanzmarktgesetz, Finalitätsgesetz, E-Geldgesetz, Arbeitslosenversicherungsgesetzgebung, Gewerbegesetz), der Umsetzung des Schengen-Acquis (ua Polizeigesetzgebung, Ausländergesetzgebung, Personenfreizügigkeitsgesetzgebung), der internationalen Amtshilfe in Steuersachen (ua Verordnung zum UK-Amtshilfegesetz), des Verkehrs (ua Eisenbahngesetz), der Landwirtschaft (ua Durchführungsverordnungen zum Landwirtschaftsgesetz), der Chancengleichheit (Gleichstellungsgesetz), der Gentechnik (Organismengesetzgebung), des Veterinärwesens (ua Tierschutzgesetzgebung), der Gesundheit (ua Ärztegesetz, Gesundheitsgesetz, EWR-Arzneimittelgesetzgebung), der Bildung (ua Hochschulgesetzgebung, Berufsbildungsverordnungen), des Zivilrechts (ua Erbrechtsgesetzgebung, Partnerschaftsgesetz, Patientenverfügungsgesetz, Ausserstreitgesetzgebung) und des Strafrechts (Strafgesetzbuch und Strafprozessordnung). Besonders hervorzuheben sind auch die zahlreichen Sanktionsmassnahmen gegenüber verschiedenen Staaten, Personen und Organisationen, die insbesondere wegen der bestehenden Sensibilität in Sachen Finanzplatz Liechtenstein und Terrorismusbekämpfung vom Rechtsdienst durch Ausarbeitung entsprechender Sanktionsverordnungen umgehend innerstaatlich umgesetzt wurden.

Statistische Kurzübersicht

Bearbeitete Akten	**675**
Herausgegebene Landesgesetzblätter	**470**
Begutachtete Rechtsvorschriften	**371**
Rechtsgutachterliche Stellungnahmen	**61**
Unterhaltsvorschussfälle	**55**
Rekurse und Anträge in UV-Sachen	**4**
Nachlieferungen LR	**4**
Register LR gedruckt	**1**
Register LR elektronisch	**12**
Textausgaben	**1**
Bereinigung der Anlagen	**2**
Ausbildung Praktikanten	**8**

Personalbestand

Das Rechtsdienst-Team umfasste im Berichtsjahr 2010 insgesamt sieben Juristinnen und Juristen zu 600 Stellenprozenten und eine Sekretärin/Sachbearbeiterin.

Der Rechtsdienst hat im Jahr 2010 sechs Rechtspraktikanten und zwei Ferialpraktikanten ausgebildet.

Aufgaben gemäss Rechtsdienst-Verordnung

Im Berichtsjahr 2010 wurden vom Rechtsdienst insgesamt 675 neue Akten, insbesondere für rechtsgutachterliche Stellungnahmen, legistische Belange und grössere Verwaltungsaufgaben bearbeitet.

Rechtsgutachterliche Stellungnahmen

Der Rechtsdienst hat 61 schriftliche Rechtsabklärungen (Gutachten, Stellungnahmen, Äusserungen zu Vernehmlassungsberichten, usw.) von unterschiedlichem Umfang erarbeitet. Es handelt sich dabei vor allem um Abklärungen zuhanden der Regierung bzw. der verschiedenen Ressorts. Daneben wurde eine Vielzahl von mündlichen Beratungen und Auskunftserteilungen vorgenommen, die statistisch nicht eigens erfasst werden.

Legistische Überprüfungen

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 371 Rechtsvorschriften (insbesondere Gesetzesvorlagen, Verordnungsentwürfe usw.) legistisch begutachtet. Einige der wichtigsten und komplexesten Legistikprojekte wurden eingangs erwähnt. Die legistische Begutachtung durch den Rechtsdienst umfasst gemäss Regierungsbeschluss

vom 18. Juli 2006 (RA 2006/1942-0030) die formelle Überprüfung der definitiven Entwürfe zu Rechtsvorschriften auf der Grundlage der Legistischen Richtlinien sowie die materielle Kontrolle in Bezug auf offensichtliche Unstimmigkeiten rechtlicher und inhaltlicher Natur. Damit verbunden sind regelmässige Besprechungen mit den zuständigen Sachbearbeitern/innen sowie die Mitarbeit in verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen.

Schliesslich wurde auch im Legistikbereich im Vorfeld der eigentlichen Begutachtung durch den Rechtsdienst eine Vielzahl von mündlichen Beratungen, Informationen und Auskünften vorgenommen, die nicht eigens vermerkt wurden.

Herausgabe der Liechtensteinischen Landesgesetzblätter

470 Rechtsvorschriften (Gesetze, Verordnungen, Finanzbeschlüsse, Staatsverträge usw.) im Umfang von 3'691 Seiten wurden legistisch aufbereitet, publikationstechnisch formatiert und im Liechtensteinischen Landesgesetzblatt (LGBl.) kundgemacht. Die Anzahl der Landesgesetzblätter hat somit im Vergleich mit den Vorjahren um fast 20% zugenommen. Besonders aufwendig sind vor allem die Staatsverträge und Rechtsvorschriften mit tabellarischen Anhängen sowie die Umsetzung des EWR-Rechtes.

Sanktionsmassnahmen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union gegenüber Staaten, Personen und Organisationen

Der Rechtsdienst hat die Aufgabe, im Rahmen der Umsetzung von Verpflichtungen aus Resolutionen des UN-Sicherheitsrates und aus Embargomassnahmen der EU Detailabklärungen hinsichtlich notwendiger Umsetzungsmassnahmen vorzunehmen, Entwürfe zu entsprechenden liechtensteinischen Rechtsvorschriften zu verfassen und dem Ressort Äusseres zur Antragstellung zu unterbreiten.

Im Jahr 2010 waren einerseits die Sanktionen gemäss den Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen bzw. den Beschlüssen der UN-Sanktionenkomitees gegenüber Personen und Organisationen mit Verbindungen zu Usama bin Laden, der Gruppierung «Al-Qaida» oder den Taliban, Liberia, Eritrea, Kongo, Sierra Leone, Iran und Somalia sowie andererseits die Sanktionen aufgrund der Gemeinsamen Standpunkte des EU-Rates gegenüber Myanmar, Simbabwe und Guinea umzusetzen. Der Rechtsdienst nahm die erforderlichen Überprüfungen vor und arbeitete zum Zwecke der innerstaatlichen Umsetzung insgesamt 39 Sanktionsverordnungen aus.

Aufgrund der staatsvertraglichen Bindungen mit der Schweiz mussten dabei insbesondere die gestützt auf den Zollvertrag und die Fremdenpolizeilichen Vereinbarungen in Liechtenstein anwendbaren schweizerischen Rechtsvorschriften miteinbezogen werden.

Nebst dieser rechtlichen Abstimmung mit der Schweiz berücksichtigte der Rechtsdienst auch die entsprechenden Umsetzungsbestimmungen der Europäischen Union, insbesondere die aufgrund Gemeinsamer Standpunkte des Rates erlassenen Durchführungsverordnungen, die von Liechtenstein mitgetragen wurden.

Die jeweiligen Resolutionen bzw. Beschlüsse wurden umgesetzt gegenüber:

- Personen und Organisationen mit Verbindungen zu Usama bin Laden, der Gruppierung «Al-Qaida» oder den Taliban mit Verordnungen vom 3. Februar 2010 (LGBl. 2010 Nr. 31), vom 9. März 2010 (LGBl. 2010 Nr. 57), vom 15. März 2010 (LGBL. 2010 Nr. 64), vom 30. März 2010 (LGBl. 2010 Nr. 79), vom 6. April 2010 (LGBl. 2010 Nr. 91), vom 20. April 2010 (LGBl. 2010 Nr. 97), vom 27. April 2010 (LGBl. 2010 Nr. 109), vom 11. Mai 2010 (LGBl. 2010 Nr. 145), vom 18. Mai 2010 (LGBl. 2010 Nr. 147), vom 15. Juni 2010 (LGBl. 2010 Nr. 170), vom 6. Juli 2010 (LGBl. 2010 Nr. 177), vom 13. Juli 2010 (LGBl. 2010 Nr. 190), vom 17. August 2010 (LGBl. 2010 Nr. 196), vom 31. August 2010 (LGBl. 2010 Nr. 253), vom 14. September 2010 (LGBl. 2010 Nr. 262), vom 21. September 2010 (LGBl. 2010 Nr. 264), vom 5. Oktober 2010 (LGBl. 2010 Nr. 279), vom 26. Oktober 2010 (LGBl. 2010 Nr. 288), vom 9. November 2010 (LGBl. 2010 Nr. 330), vom 7. Dezember 2010 (LGBl. 2010 Nr. 400), vom 14. Dezember 2010 (LGBl. 2010 Nr. 409) und vom 21. Dezember 2010 (LGBl 2010 Nr. 430);
- Liberia mit Verordnungen vom 19. Januar 2010 (LGBl. 2010 Nr. 7) und vom 23. Februar 2010 (LGBl. 2010 Nr. 51);
- Eritrea mit Verordnung vom 9. Februar 2010 (LGBl. 2010 Nr. 32);
- der Demokratischen Republik Kongo mit Verordnungen vom 14. September 2010 (LGBl. 2010 Nr. 261) und vom 7. Dezember 2010 (LGBl. 2010 Nr. 401);
- Somalia mit Verordnungen vom 4. Mai 2010 (LGBl. 2010 Nr. 144) und vom 5. Oktober 2010 (LGBl. 2010 Nr. 280);
- der Islamischen Republik Iran mit Verordnungen vom 28. Juni 2010 (LGBl. 2010 Nr. 175), vom 17. August 2010 (LGBl. 2010 Nr. 197) und vom 28. September 2010 (LGBl. 2010 Nr. 278);
- Sierra Leone mit Verordnung vom 9. November 2010 (LGBl. 2010 Nr. 329).

Daneben wurden im Jahre 2010 auf der Grundlage von Gemeinsamen Standpunkten des EU-Rates und seiner Durchführungsverordnungen autonom Sanktionen verhängt bzw. angepasst gegenüber:

- Myanmar mit Verordnungen vom 19. Januar 2010 (LGBl. 2010 Nr. 8) und vom 8. Juni 2010 (LGBl. 2010 Nr. 165);
- Simbabwe mit Verordnungen vom 23. Februar 2010 (LGBl. 2010 Nr. 41) und vom 9. März 2010 (LGBl. 2010 Nr. 56);

– Guinea mit Verordnungen vom 23. Februar 2010 (LGBl. 2010 Nr. 40) und vom 6. April 2010 (LGBl. 2010 Nr. 92).

Gesetzgebungsprojekt
Mit Regierungsbeschluss wurde der Rechtsdienst mit der Schaffung der Rechtsgrundlagen für die Einführung der authentischen elektronischen Publikation von Rechtsvorschriften beauftragt. Mit dem Wegfall der Papierform soll das in diesem Bereich bestehende Sparpotential ausgeschöpft werden. Im Rahmen dieses Projektes wurde in einem ersten Schritt die Art und Weise der Kundmachung von Rechtsvorschriften im benachbarten Ausland evaluiert. Da die Kundmachung von Rechtsvorschriften in Österreich bereits seit 2004 ausschliesslich elektronisch erfolgt und sich dort bewährt hat, wurde beschlossen, sich an der österreichischen Lösung zu orientieren und auf dieser Basis einen Vernehmlassungsbericht auszuarbeiten. Parallel dazu wurden die Arbeiten zur Schaffung der entsprechenden technischen Voraussetzungen aufgenommen (siehe dazu auch Bemerkungen zur Gesetzesdatenbank LILEX).

Bereinigung der Anlagen zu den Verträgen mit der Schweiz
Im Rahmen der regelmässig stattfindenden Bereinigung der Anlagen zum Zollvertrag, zum Währungsvertrag, zum Patentschutzvertrag, zu den Vereinbarungen über die Stempelabgaben und betreffend die Zusammenarbeit im Bereich der Zivilluftfahrt sowie zu den Fremdenpolizeilichen Vereinbarungen wird vom Rechtsdienst in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ämtern die Anwendbarkeit schweizerischen Rechts in Liechtenstein überprüft und die bereinigten Anlagen kundgemacht.

Zweiundzwanzigste Bereinigung 2009/2010
Schwerpunkt dieser mit LGBl. 2010 Nr. 101 bis 106 kundgemachten Anlagenbereinigung (Stand: 31. Dezember 2009) bildete das revidierte Landwirtschaftsrecht («Agrarpaket Herbst 2009»), das in Liechtenstein grösstenteils zur Anwendung gelangt. Weiters ist das neue Abkommen über Freihandel und wirtschaftliche Partnerschaft der Schweiz mit Japan hervorzuheben, das in die Anlage II zum Zollvertrag aufgenommen wurde. Die Bestimmungen dieses Abkommens über den Warenverkehr finden in Liechtenstein Anwendung.

Dreiundzwanzigste Bereinigung 2010
Die dreiundzwanzigste Bereinigung mit Stand 30. Juni 2010 konnte zum erfolgreichen Abschluss gebracht und am 1. Dezember 2010 publiziert werden (LGBl. 2010 Nr. 363 bis 368).

Wichtigste Themen dieser Bereinigung waren ua das vereinheitlichte Strafverfahrensrecht des Bundes (neue Strafprozessordnung, die das bisher in der Anlage befindliche Bundesgesetz über die Bundesstrafrechtspflege ersetzt, und neue Jugendstrafprozessordnung). Die Bestimmungen sind für Liechtenstein in Bezug auf Delikte anwendbar, die gemäss Zollvertrag nach schweizerischem Recht zu beurteilen sind. Daneben gelangen das revidierte Lebensmittelrecht («Revisionen 2010») und das revidierte Landwirtschaftsrecht («Agrarpaket Frühling 2010») in Liechtenstein grösstenteils zur Anwendung.

Vertreter des öffentlichen Rechts gemäss Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)
Seit dem Jahre 1990 übt der Rechtsdienst als Vertreter des öffentlichen Rechts das Beschwerderecht im Sinne des Unterhaltsvorschussgesetzes, LGBl. 1989 Nr. 47, aus und ist insbesondere auch für die Antragstellung bezüglich Rückzahlungs- und Ersatzpflichten zuständig.

Die Zahl der durch den Rechtsdienst als Vertreter des öffentlichen Rechts zu betreuenden Unterhaltsvorschussakten belief sich im Berichtsjahr auf 55 Fälle. Der Rechtsdienst erhob in einem Fall Rekurs und stellte in drei Fällen Antrag auf Ersatz zu Unrecht gewährter Unterhaltsvorschüsse.

Systematische Sammlung der liechtensteinischen Rechtsvorschriften (LR), Register und Textausgaben
Dem Rechtsdienst obliegt die Koordination hinsichtlich der Ausführung (Form und Inhalt) der LR samt Nachlieferungen sowie des Registers zur LR und der Textausgaben.

Die Systematische Sammlung umfasste im Berichtsjahr insgesamt 42 Ordner (26 Ordner Landesrecht, 16 Ordner Staatsvertragsrecht) und wurde mit 4 Nachlieferungen aktualisiert.

Im Jahr 2010 veröffentlichte der Rechtsdienst ein neues Register zur LR mit Stand 1. Oktober 2010 (bis LGBl. 2010 Nr. 264). Seit Anfang 2010 wird das Register LR überdies monatlich neu im Internet publiziert, jeweils mit Stand 1. des laufenden Monats.

Im Berichtsjahr wurde ausserdem eine neue Textausgabe des Personen- und Gesellschaftsrechts (PGR) mit Stand 1. März 2010 herausgegeben.

Gesetzesdatenbank LILEX unter www.gesetze.li
Auch im Berichtsjahr wurde die vom Rechtsdienst auf der Website www.gesetze.li betriebene Gesetzesdatenbank LILEX monatlich aktualisiert. Die Datenbank ermöglicht dem Rechtsanwender die unentgeltliche Volltext- und Expertensuche im gesamten Bestand der Systematischen und der Chronologischen Sammlung des Liechtensteinischen Landes- und Staatsvertragsrechts.
Laut Webstatistik wurden im Berichtsjahr auf der Webseite insgesamt 4'412'824 Detail-Abfragen getätigt (durchschnittlich 12'089 pro Tag) und 2'409'305 Dokumente aufgerufen (durchschnittlich 6'600 pro Tag), was wiederum einen Anstieg gegenüber den Vorjahren bedeutet.

Gleichzeitig wurde die Weiterentwicklung der Gesetzesdatenbank LILEX vorangetrieben und dabei be-

reits die Schaffung der entsprechenden technischen Voraussetzungen für die geplante elektronische Publikation der Rechtsvorschriften aufgenommen (siehe dazu auch oben Bemerkungen zu «Gesetzgebungsprojekt»).

Rechtsdienst online
Der Rechtsdienst der Regierung ist mit seinem Internetauftritt im Portal der Liechtensteinischen Landesverwaltung bzw. unter www.rdr.llv.li online. Die Homepage bietet nicht nur einen Einblick in sämtliche Tätigkeitsgebiete des Rechtsdienstes, sondern ermöglicht es dem Anwender auch, die neuesten Landesgesetzblätter bereits am Tage ihrer Kundmachung einzusehen und herunterzuladen oder diese per Newsletter zu abonnieren. Im Berichtsjahr stieg die Anzahl der Newsletter-Abonnenten auf über 400 an.

Auch das jeweils aktuelle Register zur Systematischen Sammlung (LR) und diverse Textausgaben werden auf der Website des Rechtsdienstes unentgeltlich angeboten.

Stabsstelle EWR

Stabsstellenleiterin: Dr. iur. Andrea Entner-Koch, LL.M.

Die Tätigkeiten der Stabsstelle EWR können vereinfacht in drei Hauptgruppen eingeteilt werden: Koordinationsaufgaben bei der Übernahme und der Umsetzung von neuem EWR-Recht, Ansprechstelle für die EFTA-Überwachungsbehörde und Unterstützung und Beratung der Regierung in EWR-Angelegenheiten. Zur Erfüllung dieser Aufgaben wurden verschiedene Koordinierungsverfahren und -instrumente eingeführt, deren Überwachung und Steuerung der Stabsstelle EWR obliegen. Diese beziehen nicht nur die Landesverwaltung, sondern auch Interessenverbände, Experten und Behörden in anderen Mitgliedstaaten, insbesondere deren Vertretungen in Brüssel, mit ein.

Übernahme und Umsetzung von neuem EWR-Recht

Übernahme von EWR-Recht
Sämtliche zur Übernahme anstehenden EU-Rechtsakte werden von den Fachexperten der Ämter und ergänzend von der Stabsstelle EWR auf die jeweiligen faktischen und rechtlichen Auswirkungen hin überprüft. Wo erforderlich, werden im Zuge einer Übernahme in das EWR-Abkommen entsprechende Anpassungen an den Rechtsakten vorgenommen. Die Überprüfung der ins EWR-Abkommen zu übernehmenden EU-Rechtsakte umfasst auch die Abklärung, ob die Übernahme des betreffenden EU-Rechtsaktes die Zustimmung des Landtages erfordert. Alle Vorarbeiten für die EWR-Kommission des Landtages werden von der Stabsstelle EWR koordiniert und die entsprechenden Unterlagen bereitgestellt. Die EWR-Kommission des Landtages hat im Jahr 2010 insgesamt 347 EU-Rechtsakte behandelt (ergänzend wird auf den Bericht der EWR-Kommission des Landtages verwiesen).

Im Jahr 2010 wurden durch 139 Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses 347 EU-Rechtsakte übernommen, womit sich die Zahl der rechtsverbindlichen EU-Rechtsakte im EWR-Abkommen auf total 5'958 erhöht hat. Von den 347 neuen EU-Rechtsakten unterlagen insgesamt 8 EU-Rechtsakte dem Zustimmungserfordernis des Landtages gemäss Art. 8 Abs. 2 Landesverfassung. Diese entstammen den folgenden Bereichen: Finanzdienstleistungen, Gesellschaftsrecht, Umweltschutz und Verkehr.

Umsetzungsquote
Die ins EWR-Abkommen übernommenen EU-Rechtsakte verlangen in vielen Fällen eine Umsetzung ins liechtensteinische Recht. Die Koordination der diesbezüglichen Arbeiten erfolgt über die zweimal jährlich erstellten EWR-Arbeitslisten für die Ressorts, anhand welcher die Regierung den von der Stabsstelle EWR aufgezeigten Handlungsbedarf zur Kenntnis nimmt und die entsprechenden Massnahmen für eine rechtzeitige Umsetzung gutheisst. Die EU-Staaten haben sich verpflichtet, eine Umsetzungsquote von 99% anzustreben. Es ist festzustellen, dass die liechtensteinische Umsetzungsquote derzeit bei 99.5% (2009: 99.5%) liegt. Diese Umsetzungsquote zeigt, dass Liechtenstein ein verlässlicher Partner im Europäischen Integrationsszenario ist.

Umsetzungsdefizite
Umsetzungsdefizite bestehen per Ende 2010 in den Bereichen Arbeitsrecht (Arbeitszeit), Verkehr (Richtlinie betreffend Gefahrguttransporte im Binnenland bezüglich Eisenbahn, Führerscheinrichtlinie), Gleichstellung von Mann und Frau (Konsolidierungsrichtlinie), Anerkennung von Berufsqualifikationen (Berufsqualifikationsrichtlinie).

Umsetzungserfolge
Im Bereich Arzneimittel konnte die Umsetzung der Richtlinie 2005/28/EG zur Festlegung von Grundsätzen und ausführlichen Leitlinien der guten klinischen Praxis abgeschlossen werden. Damit hat die EFTA-Überwachungsbehörde auch das formelle Mahnschreiben betreffend diese Richtlinie abgeschlossen.

Die Übernahme des sogenannten Pharmaceutical Package (Richtlinie 2004/24/EG, 2004/27/EG und 2004/28/EG) in nationales Recht konnte abgeschlossen werden.

Im Bereich Finanzdienstleistungen konnte die Umsetzung der Richtlinie 2007/44/EG über Verfahrensregeln und Bewertungskriterien für die aufsichtsrechtliche Beurteilung des Erwerbs und der Erhöhung von Beteiligungen im Finanzsektor abgeschlossen werden.

Mit dem Inkrafttreten des Dienstleistungsgesetzes wurde die für den ganzen Dienstleistungssektor relevante Dienstleistungsrichtlinie umgesetzt.

Die Wohnsitzerfordernisse im Bankensektor sowie für Rechtsanwälte, Patentanwälte, Wirtschaftsprüfer und Treuhänder, welche der EFTA-Gerichtshof als mit der Niederlassungsfreiheit unvereinbar erklärt hatte (Fall E-1/09), konnten abgeschafft und dem genannten Urteil somit nachgekommen werden.

Im Bereich Gesellschaftsrecht konnte eine Klageerhebung an den EFTA-Gerichtshof wegen verspäteter Umsetzung der Richtlinie 2006/43/EG (Abschlussprüferrichtlinie) verhindert und deren Vollumsetzung per 1. Februar 2011 notifiziert werden. Zudem konnten die Richtlinie 2007/36/EG über die Ausübung bestimmter Rechte von Aktionären in börsennotierten Gesellschaften, die Richtlinie 2007/63/EG hinsichtlich des Erfordernisses der Erstellung eines Berichts durch einen unabhängigen Sachverständigen anlässlich der Verschmelzung oder der Spaltung von Aktiengesellschaften, die Richtlinie 2009/101/EG zur Koordinierung der Schutzbestimmungen, die in den Mitgliedstaaten den Gesellschaften im Sinne des Artikels 48 Absatz 2 des Vertrags im Interesse der Gesellschafter sowie Dritter vorgeschrieben sind, um diese Bestimmungen gleichwertig zu gestalten und die Richtlinie 2009/102/EG betreffend Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem einzigen Gesellschafter umgesetzt werden.

Im Bereich Verkehr wurde die Richtlinie 2006/68/EG über die Beförderung gefährlicher Güter im Binnenland zumindest im Bereich des Strassenverkehrs umgesetzt. Ausstehend ist nun lediglich noch die Umsetzung hinsichtlich der Eisenbahn.

Durch den Abschluss der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie 2000/60/EG konnte im Bereich des Umweltrechts eine Klageerhebung zum EFTA-Gerichtshof verhindert werden. Ausserdem konnte in diesem Bereich die Umsetzung der Richtlinie 2001/18/EG über die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen zum Abschluss gebracht werden.

Ansprechstelle für die EFTA-Überwachungsbehörde

Die EFTA-Überwachungsbehörde (ESA) kontrolliert die rechtzeitige und inhaltlich korrekte Umsetzung und Anwendung des EWR-Rechts in den EWR/EFTA-Staaten. Die Stabsstelle EWR fungiert in diesem Zusammenhang als direkter Ansprechpartner. Im Jahr 2010 waren bei der ESA neben verschiedenen Auskunftsersuchen auch 8 formelle Mahnschreiben (Letters of Formal Notice), 4 begründete Stellungnahmen (Reasoned Opinions) und 3 Klagen anhängig.

EFTA-Gerichtshof / Gerichtshof der Europäischen Union

Die Stabsstelle EWR vertritt die Regierung zudem in Verfahren vor dem EFTA-Gerichtshof sowie dem Gerichtshof der Europäischen Union. Im Jahr 2010 hat Liechtenstein Nichtigkeitsklage beim EFTA-Gerichtshof gegen den Endentscheid der EFTA-Überwachungsbehörde betreffend die seit 1998 geltende Besteuerung der Captives (E-4/6/7-10) und gegen den Endentscheid der EFTA-Überwachungsbehörde betreffend die von 1996–2006 geltende Besteuerung der Eigenmittel der Anlagegesellschaften und die Couponsteuerbefreiung für die Anlagegesellschaften (E-17/10) eingereicht.

Weiters wurde Liechtenstein 2010 vom EFTA-Gerichtshof wegen verspäteter Umsetzung der Berufsqualifikationsrichtlinie 2005/36/EG (E-9/10) und der Gleichbehandlungsrichtlinie 2006/54/EG verurteilt (E-11/10).

Schliesslich vertrat die Stabsstelle EWR die Regierung vor dem Gerichtshof der Europäischen Union in der Rechtssache «Etablissement Rimbaud» (C-72/09), welche mit einer Einschränkung der Kapitalverkehrsfreiheit für die EWR/EFTA-Staaten entschieden worden ist. Ein Erfolg konnte dagegen in Bezug auf die Prozesskostensicherheit (§ 57 ZPO) verzeichnet werden, die der EFTA-Gerichtshof (E-5/10, Kottke/Präsidialanstalt und Sweetyle Stiftung) für vereinbar mit dem EWR-Abkommen erklärt hat und damit der liechtensteinischen Argumentationslinie folgte.

Ein gutes Abschneiden Liechtensteins bei der Erfüllung der EWR-Verpflichtungen liegt unbestritten im Gesamtinteresse des Landes. Vertragsverletzungsverfahren beeinträchtigen nicht nur das politische Ansehen des Landes, sondern verursachen auch einen enormen Arbeitsaufwand für die Stabsstelle EWR bzw. die Verwaltung allgemein. Die Stabsstelle EWR ist daher in ihrer Koordinationsaufgabe bemüht, die Zusammenarbeit innerhalb der Landesverwaltung zu intensivieren sowie die internen Arbeitsabläufe stetig zu überprüfen und zu verbessern.

Unterstützung und Beratung der Regierung in EWR-Angelegenheiten

In einer vom Europarecht zunehmend tangierten Verwaltung ist die Stabsstelle EWR zentrale Anlaufstelle bei EWR-rechtlichen Fragen. Die Stabsstelle EWR erstellt in diesem Zusammenhang Gutachten im Auftrag der Regierung oder wirkt in verschiedenen Arbeitsgruppen beratend oder als Vorsitz mit.

Eine weitere zentrale Aufgabe der Stabsstelle EWR liegt darin, EWR-rechtliche Kenntnisse all jenen Landesangestellten zu vermitteln, die durch ihre Arbeit mit dem Europarecht in Berührung kommen. Die Stabsstelle EWR führt zu diesem Zweck alljährlich eine allgemeine EWR-Schulung für alle Landesangestellten bzw. laufend spezielle EWR-Schulungen für die Experten in den Ämtern durch. Des Weiteren wurde 2010 erneut ein LLV-internes Seminar zur aktuellen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) organisiert. Ergänzend hat die Stabsstelle EWR auch zwei Verhandlungsseminare organisiert, die denjenigen EWR-Experten der Landesverwaltung offen standen, welche die Interessen Liechtensteins in europäischen Gremien zu vertreten haben.

Die Stabsstelle EWR ist zudem der «Nationale IMI-Koordinator» im von der EU geschaffenen Binnenmarktinformationssystem («IMI»), welches der EWR-weiten Erleichterung der Verwaltungszusammenarbeit in bestimmten Bereichen dienen soll.

Informations- und Öffentlichkeitsarbeit
Nicht unerwähnt bleiben sollen die zahlreichen Informations- und Dokumentationsdienstleistungen für die Öffentlichkeit, welche von der EWR-Dokumentation der Stabsstelle EWR wahrgenommen werden. Ihr obliegt u.a. die kontinuierliche Nachführung des EWR-Registers, die Aktualisierung der EWR-Rechtssammlung in Form von Nachlieferungen sowie die Betreuung der Internetseite der Stabsstelle EWR (www.sewr.llv.li) und des EWR-Teils im Liechtenstein-Portal (www.liechtenstein.li), welcher unter dem Menüpunkt «Staat/Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)» zu finden ist. Hervorzuheben sind die drei von der Stabsstelle EWR angebotenen Newsletter: vierteljährlich erscheint der Newsletter «SEWR-News», welcher aktuelle Themen zum EU/EWR-Recht behandelt. Bei Bedarf erscheint der «Newsletter EWR-Register» (nach jeder Aktualisierung der Onlineausgabe des EWR-Registers) und der «Newsletter EU-Programme» (bei Einlangen von Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für laufende Projekte von EU-Programmen, an denen Liechtenstein im Rahmen des EWR-Abkommens teilnimmt). Alle drei Newsletter können unter www.sewr.llv.li (Rubrik: Allgemeines/Newsletter) abonniert werden. Darüber hinaus wird die Informationstätigkeit auch durch Vorträge bei öffentlichen und privaten Organisationen wahrgenommen.

Das System der EWR-Kontaktpersonen, bei welchem die Interessensverbände über neue Entwicklungen im EWR-Recht informiert werden bzw. die Möglichkeit haben, Stellungnahmen zu neuen EU-Rechtsakten abzugeben, wurde auch im Jahr 2010 mit Erfolg weitergeführt.

Die Stabsstelle EWR ist darüberhinaus Kontaktstelle für Bürger und Bürgerinnen sowie Unternehmen, welche sich durch ausländische Behörden in ihren Rechten gemäss EWR-Abkommen beschränkt fühlen. In diesem Zusammenhang beteiligt sich die Stabsstelle EWR auch am EWR-weiten Problemlösungsnetz «SOLVIT».

Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Stabsstellenleiterin: Dr. Gerlinde Manz-Christ

Die mit RA 2001/2262 vom 7. August 2001 eingerichtete Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit wurde per 1. Oktober 2010 aufgelöst. Die Kommunikationsarbeit der Stabsstelle stand im Jahr 2010 im Zeichen der Umstrukturierung und Neuausrichtung des Kommunikationsansatzes der Regierung. Arbeitsschwerpunkte waren die Weltausstellung EXPO 2010 in Shanghai, die beiden offiziellen Besuche von S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein in China und Indien, die Pflege internationaler Medienkontakte im In- und Ausland, die Erarbeitung zahlreicher zielgruppenspezifischer Informationstexte und themenspezifischer Kommunikationskonzepte sowie Informationsveranstaltungen für ausländische Zielgruppen.

Die Herausforderungen für die Kommunikation lagen im Jahr 2010 einerseits in einem nahtlosen Übergang zum neuen Kommunikationsansatz der Regierung. Andererseits trat Liechtenstein an der grössten Weltausstellung der Geschichte, der EXPO 2010 in Shanghai prominent auf. Dieser erste grosse Auftritt ausserhalb Europas stellte aufgrund der Tatsache, dass Liechtenstein in China über keine Vertretungsbehörde verfügt, eine besondere Herausforderung dar. Das Gleiche galt für den offiziellen Indien-Besuch.

EXPO 2010 Shanghai
Insgesamt sind 1'050 Medienberichte zu Liechtenstein und seinem Auftritt an der EXPO in Shanghai erschienen. Die Berichte sind in 90 nationalen und regionalen Zeitungen, auf 930 Internetseiten, in 28 Magazinen und in Form von 32 Fernsehbeiträgen (TV oder Videoblog) veröffentlicht worden. In der gesamten Phase der Kommunikationskampagne ist positiv oder neutral über Liechtenstein berichtet worden. Der geschätzte ROI (return-on-investment) der gesamten Berichterstattung während der EXPO beträgt rund CHF 11 Mio.

Der EXPO-Auftritt (3 Pavillons: Shanghai, Vaduz, Internet) und die darauf abgestimmte Kommunikation haben Aufmerksamkeit erzeugt und Liechtenstein nachhaltig im öffentlichen Bewusstsein der chinesischen Bevölkerung verankert. Sie hat auch die Akzeptanz der einheimischen Bevölkerung für den EXPO-Auftritt unterstützt und das Verständnis für die damit verbundenen Kosten erhöht. Die liechtensteinische EXPO-Kommunikation hat auch wesentlich dazu beigetragen, dass die Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und dem Fürstentum Liechtenstein substantiell vertieft wurden und nun eine solide Basis bilden, auf der in Zukunft weiter aktiv aufgebaut werden kann.

Offizieller Indien-Besuch
Liechtenstein hat sich anlässlich des offiziellen Indien-Besuches von S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein und Aussen- und Kulturministerin Aurelia Frick im November 2010 in den indischen Leitmedien themenmässig breit gefächert positionieren können, mit einem vorgegebenen Schwerpunkt Steuerfrage. Im Grossen und Ganzen gab es eine faire Berichterstattung, mit einigen wenigen kritischen Artikeln betreffend Steuern. Die Kommunikationsbereitschaft Liechtensteins wurde von den indischen Journalisten positiv vermerkt. Damit wurde eine gute Basis für weitere Kommunikation ge-

schaffen, um eine möglichst faire Berichterstattung zu erzielen.

Laufende Medienbeziehungen
Im Jahr 2010 sind über 500 Medienanfragen bearbeitet worden. Neben den bekannten finanzplatzrelevanten Themenschwerpunkten in den Schwerpunktländern der Kommunikation waren die Beziehungen zu indischen und chinesischen Medien von Bedeutung, in denen Liechtenstein umfassend und positiv dargestellt werden konnte.

Beratung und Unterstützung der Regierung in informationspolitischen Angelegenheiten
Zur optimalen Vorbereitung sowie Einschätzung des Gegenübers und der Situation sowie im Nachgang von relevanten Terminen wurden Hintergrunddokumente erstellt, wie zum Beispiel Hintergrundinformationen zu wesentlichen Journalisten und Medien sowie eine Auswertung der jeweiligen Berichterstattung für Regierungsmitglieder und Aussenstellen bereitgestellt.

Die Welt nach Liechtenstein holen und Liechtenstein in die Welt hinaus tragen
Das Jahr 2010 stand ganz im Zeichen der Weltausstellung EXPO 2010 in Shanghai. Liechtenstein betrieb als einziges Land weltweit einen eigenen EXPO-Pavillon im eigenen Land.

Spezialveranstaltungen wie die seit sechs Jahren stattfindende Holocaust-Gedenkveranstaltung der Regierung, der zweite Besuch von US-Kongressmitarbeitern in Liechtenstein, wurden ebenfalls von der Stabsstelle geplant und durchgeführt. Darüber hinaus war die Stabsstelle für die Kommunikation der beiden offiziellen Besuche von S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein nach China und Indien verantwortlich.

Erstellung von Kommunikationsstrategien und -inhalten
Ein zentraler und umfassender Aufgabenbereich der Stabsstelle war und ist die Erstellung von Kommunikationskonzepten, Pressemitteilungen, Fragen- und Antworten-Katalogen, Hintergrundinformationen für Journalisten zu allgemeinen Liechtenstein-Themen ebenso wie zu fachspezifischen Themen, Sprachregelungen, Sprechvorlagen für Regierungsmitglieder anlassbezogen zu einzelnen Kommunikationsherausforderungen.

Basis-Informationsmaterialien
Sämtliche bisherigen Informationsmaterialien der Stabsstelle wurden inhaltlich aktualisiert. Im Jahr 2010 wurden 9'000 Liechtensteinbücher («Begegnung mit einem Kleinstaat»), 2'000 Liechtenstein CD-ROMs und DVDs, 15'000 Liechtenstein-Booklets und 20'000 Basisartikel ausgegeben. Die bilateralen Ländervergleiche wurden neu gestaltet. Sie erfreuen sich nach wie vor grösster Beliebtheit, stehen aber aus Kostengründen nun ausschliesslich elektronisch zur Verfügung.

Liechtenstein-Portal www.liechtenstein.li
Die Stabsstelle hat das Liechtenstein-Portal www.liechtenstein.li mit neuen Informationsinhalten in deutscher, englischer und französischer Sprache redaktionell betreut. Eine chinesische Version des Portals wurde aufgeschaltet.

Stiftung Image Liechtenstein und Marke Liechtenstein
Die Stabsstelle arbeitete im Stiftungsrat der Stiftung Image Liechtenstein mit und leitete das Expertengremium, das die Entscheidungen des Stiftungsrates inhaltlich vorbereitet hat.

Stabsstelle öffentliches Auftragswesen

Stabsstellenleiter: Dipl. Ing. HTL Wendelin Lampert

Die Stabsstelle öffentliches Auftragswesen berät und informiert zu Fragen im Bereich des öffentlichen Auftragswesens. Sie bildet die zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für sämtliche öffentliche Auftraggeber in der Landesverwaltung, den Gemeinden und für alle weiteren von den Gesetzen erfassten Auftraggeber sowie die Auftragnehmer. Mit der Aufsicht über die öffentlichen Auftragsvergaben hat sie eine wichtige Kontrollfunktion mit präventiver Wirkung. Die Schwerpunkte der Tätigkeiten der Stabsstelle lagen im Berichtsjahr bei der Auswertung der Vernehmlassungsstellungnahmen sowie der Erstellung der Berichte und Anträge betreffend die Abänderung des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen (ÖAWG) und des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren (ÖAWSG), welche sich aus der Übernahme der Richtlinie 2007/66/EG zur Änderung der Richtlinien 89/665/EWG und 92/13/EWG im Hinblick auf die Verbesserung der Wirksamkeit der Nachprüfungsverfahren bezüglich der Vergabe öffentlicher Aufträge ergeben. Im Weiteren hatte die Stabsstelle Einsitz in der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Ausschreibung und Vergabe des öffentlichen Linienbusverkehrs, der Sonderformen des Linienverkehrs sowie des Mannschaftsalarmierungssystems, welche im Jahr 2010 erfolgreich durchgeführt werden konnten. In der Statistik wurden im Jahr 2009 gesamthaft Auftragsvergaben von CHF 174 Mio. erfasst. Der Vergleich zum Vorjahr zeigt eine Zunahme um 7%.

Kernaufgabe der Stabsstelle bildete die Beratung und Information sämtlicher Auftragnehmer und Auftraggeber im Bereich des öffentlichen Auftragswesens. Zu den Aufgaben der Stabsstelle zählt die Entwicklung von Strategien, Konzepten, Massnahmen und Instrumenten für eine optimale Umsetzung und Weiterentwicklung des Sachbereiches öffentliches Auftragswesen. Überdies er-

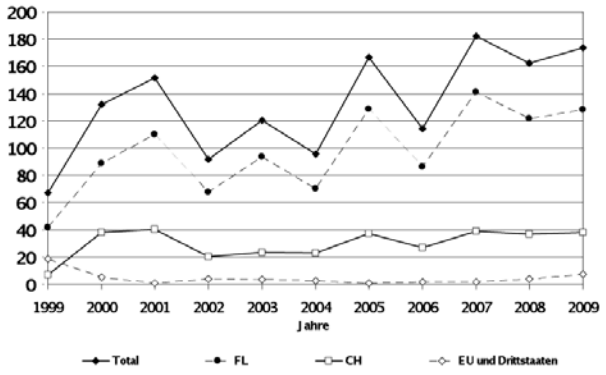
stellt sie jährlich eine Statistik der öffentlichen Auftragsvergaben und wertet diese aus. Ausserdem zählen zum Tätigkeitsbereich der Stabsstelle die Mitarbeit bei der Definition von Richtlinien der Europäischen Union sowie die Erarbeitung von Vorschlägen für deren Umsetzung in die nationalen Gesetze und Verordnungen.

Die Stabsstelle nimmt auch die grenzübergreifende Koordination mit den Nachbarstaaten und Kantonen wahr und beobachtet die Weiterentwicklung des Auftragswesens in der Schweiz, in der WTO sowie im EWR. Die Mitarbeit in Arbeitsgruppen des Landes und insbesondere in grenzübergreifenden Arbeitsgruppen, wie beispielsweise im Forum (Beschaffungswesen) der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltschutzdirektoren-Konferenz (BPUK) und in der Arbeitsgruppe «Öffentliches Auftragswesen» der EFTA, ist gerade im Hinblick auf die Dynamik des Beschaffungswesens und der öffentlichen Märkte anspruchsvoll.

Der Stabsstelle oblag im Berichtsjahr insbesondere die Erstellung des Formblattes für die EWR-Kommission des Landtags, die Auswertung der Vernehmlassungsstellungnahmen sowie die Erstellung der Berichte und Anträge betreffend die Abänderung des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen (ÖAWG) sowie die Abänderung des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren (ÖAWSG), mit welchen die Richtlinie 2007/66/EG zur Abänderung der Richtlinien 89/665/EWG und 92/13/EWG im Hinblick auf die Verbesserung der Wirksamkeit der Nachprüfungsverfahren bezüglich der Vergabe öffentlicher Aufträge in nationales Recht übernommen werden soll. Im Weiteren wurde der Bericht und Antrag betreffend die Übernahme der Richtlinie 2009/33/EG über die Förderung sauberer und energieeffizienter Strassenfahrzeuge erstellt. Die Relevanz der Richtlinie 2009/81/EG über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe bestimmter Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit und zur Änderung der Richtlinien 2004/17/EG und 2004/18/EG ist nach wie vor Gegenstand von Abklärungen, da es sich nicht nur um militärische Vergaben, sondern auch um Vergaben im Bereich der nicht-militärischen Sicherheit handelt. Im Bericht und Antrag betreffend 15 Jahre Mitgliedschaft des Fürstentums Liechtenstein im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) hat die Stabsstelle den Teil betreffend das öffentliche Auftragswesen erstellt. Die Welthandelsorganisation WTO beabsichtigt das Abkommen betreffend das öffentliche Beschaffungswesen anzupassen. In diesem Sinne waren liechtensteinische Offerten auszuarbeiten und fortlaufend den aktuellen Verhandlungsergebnissen anzupassen sowie diverse Sachverhalte mit anderen Ländern in Zusammenarbeit mit dem Amt für Auswärtige Angele-genheiten zu koordinieren. Der Abschluss der Verhandlungen ist im Jahr 2011 vorgesehen. Überdies wurde die Homepage der Stabsstelle öffentliches Auftragswesen (www.saw.llv.li) aktualisiert und überarbeitet.

Die Statistik über die öffentlichen Auftragsvergaben wurde termingerecht erfasst und an die zuständigen Stellen in Genf (WTO) und Brüssel (ESA) weitergeleitet. Die gesamthaft erfassten Auftragsvergaben sind im Berichtsjahr 2010 um ca. 7% gestiegen. Dabei wurden 74% sämtlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge an liechtensteinische Auftragnehmer erteilt. Von den restlichen 26% aller Aufträge wurden 22% an Auftragnehmer aus der Schweiz und 4% an Auftragnehmer aus der EU und Drittstaaten vergeben. Mittels Pressemitteilung erfolgt jährlich eine Information der Öffentlichkeit über die Vergaben des Landes Liechtenstein. Im Weiteren wird die Homepage www.saw.llv.li jährlich mit der aktuellen Statistik ergänzt

Vergleich Auftagssummen 1999 bis 2009



Stabsstelle Futuro

Stabsstellenleiter: Frank Wulms

Die Stabsstelle war im Berichtsjahr mit bis zu 250 Stellenprozenten besetzt und ist direkt dem Regierungschef unterstellt. Aufgaben der Stabsstelle sind die Vision für den Finanzplatz Liechtenstein aus dem Projekt Futuro unter Berücksichtigung gesamtwirtschaftlicher Bedürfnisse umzusetzen, Trends und Entwicklungen auf internationalen Finanzplätzen zu beobachten und daraus neue Initiativen für den Finanzplatz Liechtenstein abzuleiten sowie die Vision bei Bedarf zu aktualisieren. Im Berichtsjahr lag der Schwerpunkt der Tätigkeiten der Stabsstelle in der Umsetzung der Initiativen im Bereich Neugeschäfte und Geschäftsentwicklung sowie bei der Initiierung von neuen Initiativen zusammen mit den Marktteilnehmern.

Aufbauend auf die Vision Futuro, die Liechtenstein Erklärung vom März 2009 und die Agenda 2020 lag der Fokus der Aktivitäten der Stabsstelle auf der Neuausrichtung des Finanzplatzes und der Identifizierung neuer Geschäftsmöglichkeiten. Die Stabsstelle analysiert interna-

tionale Trends und Entwicklungen, führt Gespräche mit nationalen und internationalen Marktteilnehmern und Finanzplatzspezialisten und prüft neue Ideen auf Marktinteresse und Machbarkeit.

Fondsplatz 2011: Umsetzung der UCITS IV und AIFM Richtlinien
Die Stabsstelle hat eine mitarbeitende Rolle in diesem Projekt. Ziel des Projektes ist eine erfolgreiche Umsetzung der EU- Richtlinien UCITS IV und AIFM. Das Projekt umfasst mehrere Teilprojekte:
– Die Einsetzung der Arbeitsgruppe Fachspezifikationen bestehend aus Marktteilnehmern zur Erarbeitung der strategischen Erfolgsfaktoren.
– Weitere Arbeitsgruppen zu den Handlungsfeldern Regelsetzung, Fachspezifikationen, Steuern sowie Internationale Mitgliedschaften und Zusammenarbeit.

Pensionsfondsprojekt
Mit der Umsetzung der entsprechenden EU-Richtlinie und dem daraus resultierenden Pensionsfondsgesetz aus dem Jahr 2007 haben sich neue Geschäftsmöglichkeiten ergeben. Zurzeit gibt es 5 internationale Pensionsfonds in Liechtenstein. Der Markt ist noch ziemlich jung, bietet aber mittelfristig sehr gute Perspektiven. Auch andere Finanzplätze wie Luxemburg, Belgien und Irland haben diese Chancen erkannt und etablieren sich als Hub für internationale Pensionsfonds.

In Zusammenarbeit mit verschiedenen Verbänden hat die Regierung zusammen mit der Stabsstelle eine Machbarkeitsstudie mit dem Titel «IORPS – Pensionfondsstandort Liechtenstein» in Auftrag gegeben. Diese Studie wurde bis Ende Dezember fertig gestellt und die Ergebnisse sind sehr positiv und vielversprechend. In Zusammenarbeit mit dem Bankenverband und dem Versicherungsverband werden die Empfehlungen aus der Machbarkeitsstudie im Jahr 2011 umgesetzt.

Sonstige Projekte
Im Bereich «Business Intelligence» überwacht die Stabsstelle die Entwicklungen auf anderen Finanzplätzen. Sie hat mehrere Konzepte im Bereich Finanzplatzentwicklung und Finanzplatzvermarktung sowie in speziellen Themenbereichen (z.B. Philanthropie) vorbereitet.

Zur Vorbereitung des Staatsbesuchs S.D. des Erbprinzen in Indien im Oktober 2010 hat die Stabsstelle aktiv Input zum Thema Finanzplatz geliefert und die Broschüre «Doing Business in Liechtenstein» zusammengestellt.

Die internationale Vernetzung ist für die Weiterentwicklung des Finanzplatzes Liechtenstein äusserst wichtig. Die Stabsstelle stellt durch intensive internationale Kontakte sowie durch die Teilnahme an internationalen Veranstaltungen sicher, dass die neuesten internationalen Trends und Entwicklungen vertieft analysiert werden. Gleichzeitig dienen solche internationalen Besuche dazu, Finanzplatzspezialisten über den aktuellsten Stand der Entwicklungen auf dem Finanzplatz Liechtenstein zu informieren.

Die Stabsstelle hat weiterhin auch Einsitz in internen Gremien zum Thema Finanzplatzstrategie und gibt Input zu den Themenfeldern «internationaler Wettbewerb» und «Internationalisierung». Auch findet ein regelmässiger Gedankenaustausch mit Verbandsvertretern, FMA und Finanzplatzvertretern statt.

KOMMISSIONEN

Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten

Präsident: lic.iur. Christian Ritter M.B.L.-HSG

Der Aufgabenbereich der Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten wurde im Berichtsjahr 2010 nicht erweitert. Insgesamt sind im Berichtsjahr 71 neue Fälle anhängig geworden. Die Pendenzen nahmen geringfügig zu.

Zuständigkeit
Die Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten (VBK) wurde aufgrund des Beschwerdekommissionsgesetzes vom 25. Oktober 2000, LGBL. 2000 Nr. 248, eingerichtet. Die Beschwerdekommission besteht aus fünf Mitgliedern, welche vom Landtag gewählt werden; der Präsident und der Vize-Präsident müssen rechtskundig sein. Die Beschwerdekommission für Verwaltungsangelegenheiten war 2010 zuständig für Beschwerden gegen Verfügungen und Entscheidungen im Bereich

a) Bauwesen:
– des Hochbauamtes oder der Gemeinden auf Grund des Baugesetzes sowie der darauf gestützten Verordnungen und der Gemeindebauordnungen mit Ausnahme aller Belange der Raum- und Zonenplanung;
– des Hochbauamtes oder der Gemeinden auf Grund des Brandschutzgesetzes und der darauf gestützten Verordnung;
– der Vermessungskommission und des Ingenieur-Geometers auf Grund des Vermessungsgesetzes und der darauf gestützten Verordnung;

b) Strassenverkehr:
– der Amtsstellen oder Gemeindevorsteher auf Grund des Strassenverkehrsgesetzes und der darauf gestützten Verordnung;
– der Motorfahrzeugkontrolle und der Landespolizei aufgrund des Schwerverkehrsabgabegesetzes und der darauf gestützten Verordnungen;

c) elektronische Kommunikation und elektronische Signaturen:
– der von der Regierung bestimmten oder errichteten Amtsstelle oder Kommission in ihrer Funktion als weisungsunabhängige Regulierungsbehörde aufgrund des Kommunikationsgesetzes sowie der darauf gestützten Verordnungen;
– des Amtes für Kommunikation in seiner Funktion als weisungsunabhängige Aufsichtsstelle aufgrund des Signaturgesetzes und der darauf gestützten Verordnungen;

d) Wohnungswesen:
– des Amtes für Wohnungswesen auf Grund des Gesetzes über Mietbeiträge für Familien sowie des Gesetzes zur Förderung des Wohnungsbaues und der darauf gestützten Verordnungen;

e) Hochschulwesen:
– der Beschwerdeinstanz einer Hochschule auf Grund des Gesetzes über das Hochschulwesen und der darauf gestützten Verordnungen;
– des Hochschulrates der Hochschule Liechtenstein auf Grund des Gesetzes über die Hochschule Liechtenstein und der darauf gestützten Verordnungen;

f) öffentliches Auftragswesen:
– der Auftraggeber aufgrund des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen und der darauf gestützten Verordnung;
– der Auftraggeber aufgrund des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren und der darauf gestützten Verordnung;

g) Grundbuch, Öffentlichkeitsregister und Stiftungsaufsicht:
– des Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramtes in seiner Funktion als Registerbehörde und Stiftungsaufsichtsbehörde aufgrund des Personen- und Gesellschaftsrechts, des EWIV-Ausführungsgesetzes, des SE-Gesetzes, des SCE-Gesetzes und des Sachenrechts sowie der darauf gestützten Verordnungen;

h) Strafvollzug:
– des Anstaltsleiters aufgrund des Strafvollzugsgesetzes;

i) Landwirtschaft:
– der zuständigen Vollzugsbehörden aufgrund des Landwirtschaftsamtes sowie der darauf gestützten Verordnung;

k) Umweltschutz:
– des Amtes für Umweltschutz aufgrund des Emissionshandelsgesetzes sowie der darauf gestützten Verordnungen;
– der Gemeinden und des Amtes für Umweltschutz aufgrund des Umweltschutzgesetzes sowie der darauf gestützten Verordnungen;
– der Gemeinden oder des Amtes für Umweltschutz aufgrund des Gewässerschutzgesetzes sowie der darauf gestützten Verordnungen;

l) öffentliche Gesundheit:
– des Amtes für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen aufgrund des Gesetzes über den Nichtraucherschutz und die Werbung für Tabakerzeugnisse sowie der darauf gestützten Verordnung;

m) Energie:
– der Energiekommission und der Energiefachstelle aufgrund des Gesetzes über die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien sowie der dazu erlassenen Verordnungen;

n) soziale Sicherheit:
– des Stiftungsrates aufgrund des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal sowie der dazu erlassenen Verordnungen.

Beschwerdefälle 2010:
Im Berichtsjahr waren 71 (im Vorjahr 73) neue Eingänge zu verzeichnen, davon 67 Beschwerden und 4 Vorstellungen. Die Eingaben erstreckten sich auf die nachfolgenden Rechtsgebiete:

Bauwesen:	5
Strassenverkehr:	32
Elektronische Kommunikation und elektronische Signaturen:	6
Wohnungswesen:	0
Hochschulwesen:	0
öffentliches Auftragswesen:	0
Grundbuch- und Öffentlichkeitsregister:	14
Strafvollzug:	1
Landwirtschaft:	3
Umweltschutz:	0
öffentliche Gesundheit:	5
Energie:	4
soziale Sicherheit:	1

Die im Berichtsjahr neu anhängig gewordenen Fälle sind wie folgt behandelt worden:

VBK 2010/01	Führerausweisentzug	28.01.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/02	Führerausweisentzug	25.02.2010	Beschwerde teilweise stattgegeben
VBK 2010/03	Führerausweisentzug	25.02.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/04	Liquidatorbestellung	25.02.2010	Beschwerde zurückgewiesen
VBK 2010/05	Führerausweisentzug	25.02.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/06	Landwirtschaftsbetrieb	25.03.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/07	Telekommunikation	25.02.2010	Beschwerde verworfen
VBK 2010/08	Telekommunikation	25.02.2010	Beschwerde verworfen
VBK 2010/09	Telekommunikation	25.02.2010	Beschwerde verworfen
VBK 2010/10	Liquidationskosten	25.03.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/11	Tabakprävention	25.03.2010	Beschwerde teilweise stattgegeben
VBK 2010/12	Zonenplanung		Beschwerde wegen Unzuständigkeit weitergeleitet
VBK 2010/13	Offenlegung Jahresrechnung	29.04.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/14	Strassensignalisation	29.04.2010	Beschwerde verworfen
VBK 2010/15	Führerausweisentzug	29.04.2010	Beschwerde verworfen
VBK 2010/16	Tabakprävention	20.05.2010	Beschwerde stattgegeben
VBK 2010/17	Baubewilligung	29.04.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/18	Landwirtschaftsbetrieb	20.05.2010	auf Vorstellung nicht eingetreten
VBK 2010/19	Führerausweisentzug	24.06.2010	Beschwerde teilweise stattgegeben
VBK 2010/20	Öffentlichkeitsregistersache	20.05.2010	Beschwerde teilweise stattgegeben
VBK 2010/21	Verkehrszulassung	20.05.2010	Beschwerde stattgegeben
VBK 2010/22	Strassensignalisation	24.06.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/23	Öffentlichkeitsregistersache	20.05.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/24	Führerausweisentzug	20.05.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/25	Führerausweisentzug	24.06.2010	Beschwerde teilweise stattgegeben
VBK 2010/26	Entzug Kontrollschilder	20.05.2010	Beschwerde stattgegeben
VBK 2010/27	Baubewilligung	01.07.2010	Beschwerde verworfen
VBK 2010/28	Verkehrszulassung	24.06.2010	Beschwerde stattgegeben
VBK 2010/29	Tabakprävention	22.07.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/30	Führerausweisentzug	24.06.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/31	Energieeffizienz	24.06.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/32	Verkehrszulassung	24.06.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/33	Führerausweisentzug	22.07.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/34	Liquidationskosten	24.06.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/35	Offenlegung Jahresrechnung	24.06.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/36	Landwirtschaftsbetrieb	02.09.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/37	Führerausweisentzug	02.09.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/38	Offenlegung Jahresrechnung	02.09.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/39	Tabakprävention	22.07.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/40	Führerausweisentzug	02.09.2010	Beschwerde verworfen
VBK 2010/41	Telekommunikation	02.09.2010	Beschwerde zurückgewiesen
VBK 2010/42	Telekommunikation	02.09.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/43	Strassensignalisation	02.09.2010	auf Vorstellung nicht eingetreten
VBK 2010/44	Verkehrszulassung	02.09.2010	Beschwerde stattgegeben
VBK 2010/45	Führerausweisentzug	23.09.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/46	Liquidationskosten	23.09.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/47	Führerausweisentzug	23.09.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/48	Tabakprävention	23.09.2010	Beschwerde stattgegeben
VBK 2010/49	Baubewilligung	23.09.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/50	Führerausweisentzug	23.09.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/51	Energieeffizienz	04.11.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/52	Führerausweisentzug	04.11.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/53	Öffentlichkeitsregistersache	04.11.2010	Beschwerde verworfen
VBK 2010/54	Energieeffizienz	04.11.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/55	Telekommunikation	04.11.2010	auf Vorstellung nicht eingetreten

VBK 2010/56	Liquidationskosten	04.09.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/57	Ordnungsbusse weitergeleitet		Beschwerde wegen Unzuständigkeit
VBK 2010/58	Führerausweisentzug	04.11.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/59	Führerausweisentzug	28.12.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/60	Verkehrszulassung	28.12.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/61	Energieeffizienz	28.12.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2010/62	Öffentlichkeitsregistersache	01.12.2010	Beschwerde verworfen
VBK 2010/63	Öffentlichkeitsregistersache		Beschwerde hängig
VBK 2010/64	Führerausweisentzug		Beschwerde hängig
VBK 2010/65	soziale Sicherheit		Beschwerde hängig
VBK 2010/66	Führerausweisentzug		Beschwerde hängig
VBK 2010/67	Baubewilligung		Beschwerde hängig
VBK 2010/68	Strassensignalisation		Beschwerde hängig
VBK 2010/69	Strafvollzug		Beschwerde hängig
VBK 2010/70	Öffentlichkeitsregistersache	28.12.2010	auf Vorstellung nicht eingetreten
VBK 2010/71	Führerausweisentzug		Beschwerde hängig

Die im Berichtsjahr noch pendenten Fälle aus dem Vorjahr wurden wie folgt behandelt:

VBK 2010/55	Verkehrszulassung	25.03.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2009/68	öffentliches Auftragswesen	28.01.2010	Beschwerde zurückgewiesen
VBK 2009/69	Telekommunikation	28.01.2010	Beschwerde zurückgewiesen
VBK 2009/70	Kostenverteiler BU	28.01.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2009/71	Förderung Energieeffizienz	28.01.2010	Beschwerde abgewiesen
VBK 2009/73	Führerausweisentzug	28.01.2010	auf Vorstellung nicht eingetreten

Pendenzen 2010:
Im Berichtsjahr wurden alle sechs aus dem Vorjahr resultierenden Beschwerdefälle verhandelt und entschieden. Von den im Berichtsjahr neu anhängig gewordenen 71 Fällen konnten im Berichtsjahr selbst 61 verhandelt und entschieden werden, zwei Fälle waren wegen Unzuständigkeit weiterzuleiten; insgesamt bestehen daher noch acht Pendenzen (im Vorjahr sechs).

Die Regierung bestellte am 22. Juni 2010 die Personalkommission für die Mandatsperiode 2010 bis 2014 neu. Sie setzt sich zusammen aus Gabriele Binder (Datenschutzstelle) und Thomas Klaus (Landespolizei) als Vertreter der Arbeitnehmer sowie Norbert Hemmerle (Regierungssekretär) und Andreas Fuchs (Regierungsmitarbeiter) als Arbeitgebervertreter. Die Personalkommission traf sich im Berichtsjahr zu einer Sitzung am 21. Oktober 2010.

Personalkommission

Vorsitzender: Andreas Fuchs, Mitarbeiter der Regierung

Die Personalkommission, welche sich paritätisch aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern beiderlei Geschlechts zusammensetzt, schlichtet auf Antrag bei allen Streitigkeiten, die im Zusammenhang mit der Zuordnung der Stelle, der Festlegung der Besoldung oder der Bewertung der Leistung stehen.

In der Berichtsperiode wurden bei der Personalkommission zwei Schlichtungsverfahren anhängig gemacht. In einem der beiden Verfahren wurde von der Personalkommission eine Empfehlung an die Regierung abgegeben und das Verfahren konnte abgeschlossen werden. Das zweite Verfahren konnte im Berichtsjahr nicht abgeschlossen werden.

Prüfungskommission für Rechtsanwälte

Vorsitzender: Dr. Hilmar Hoch

Die Prüfungskommission für Rechtsanwälte hat im Geschäftsjahr 2010 zwei Prüfungssessionen im Frühjahr und im Herbst abgehalten.

Frühjahrssession 2010
Für die im Frühjahr abgehaltene Rechtsanwaltsprüfung meldeten sich acht Kandidaten an: Sieben Kandidaten zur Rechtsanwaltsprüfung und ein Kandidat zur Eignungsprüfung für ausländische Rechtsanwälte (EWR).

Die schriftlichen Prüfungen wurden vom 22. bis 29. März 2010 und die mündlichen Prüfungen am 3. Mai 2010 abgehalten. Ein Kandidat ist zur Prüfung nicht an-

getreten; zwei Kandidaten mussten die Prüfung krankheitshalber abbrechen. Drei Rechtsanwaltsprüfungskandidaten und ein EWR-Prüfungskandidat haben die Prüfung bestanden.

Herbstsession 2010
Für die im Herbst abgehaltene Rechtsanwaltsprüfung meldeten sich 14 Kandidaten an: Zwölf Kandidaten zur Rechtsanwaltsprüfung und zwei Kandidaten zur Eignungsprüfung für ausländische Rechtsanwälte (EWR).

Die schriftlichen Prüfungen wurden vom 20. bis 27. September 2010 und die mündlichen Prüfungen am 2. und 3. November 2010 abgehalten. Drei Kandidaten sind zur Prüfung nicht angetreten. Sieben Rechtsanwaltsprüfungskandidaten und ein EWR-Prüfungskandidat haben die Prüfung bestanden.

Prüfungskommission für Treuhänder

Vorsitzender: Rainer Marxer

Die Kommission hat im Jahre 2010 insgesamt vier Sitzungen abgehalten.

Die Treuhänderprüfung wurde in der Zeit vom 18. bis 22. Oktober 2010 (schriftlich) und am 22. und 23. November 2010 (mündlich) abgehalten. Von den 24 angetretenen Kandidaten haben 12 die Prüfung bestanden.

Prüfungskommission für Wirtschaftsprüfer

Vorsitzender: Martin Bühler

Die schriftliche Prüfung fand am 21. Oktober 2010 und die mündliche Prüfung am 22. November 2010 statt. Zur Prüfung wurden vier Kandidaten zugelassen, davon haben zwei Kandidaten die Prüfung bestanden. Zwei Kandidaten erreichten bei der schriftlichen Prüfung die erforderliche Punktezahl nicht und wurden somit zur mündlichen Prüfung nicht eingeladen. Die Prüfung ist als Zusatzprüfung anzusehen, da von den Kandidaten ein ausländisches Diplom als Wirtschaftsprüfer oder ein gleichwertiger Ausbildungsnachweis als Zulassungsbedingung gefordert wird. Die Zulassungsbedingungen sind in den jeweiligen Verordnungen ersichtlich.

Prüfungskommission
Als Mitglieder der Prüfungskommission für die Mandatsperiode 2009 bis 2013 wurden die nachfolgenden Personen von der Regierung bestellt: Martin Bühler, Triesenberg, als Vorsitzender, Norbert Mittner, Igis, und lic.iur. Martin Nigg, Landrichter. Ersatzmitglieder sind: Roger Frick, Triesen, lic.iur. Michael Jehle, Landrichter, und Arno Catrina, Haldenstein.

An den Sitzungen der Prüfungskommission wurden die definitiven Termine, die Prüfgebiete und verschiedene organisatorische Abläufe festgelegt. Die Erstellung der Prüfungsaufgaben und die Korrektur der Prüfungen wurde unter den Mitgliedern aufgeteilt.

Prüfung
Die schriftliche Prüfung dauerte knapp 8 Stunden und umfasste die Prüfungsfächer «Revision und Gesellschaftsrecht», «Gesellschafts- und Sachenrecht» oder «Steuerrecht und Abgabenrecht» je nach Wahlfach des Kandidaten. Die mündliche Prüfung dauerte ca. 60 Minuten und umfasste das Pflichtfach «Berufsrecht» und das jeweilige Wahlfach «Gesellschafts- und Sachenrecht» oder «Steuerrecht und Abgabenrecht». Die Prüfungsaufgaben konzentrierten sich auf liechtensteinische Begebenheiten, jedoch wurden ebenfalls Fragen in Bezug auf Revision geprüft.

Statistikkommission

Vorsitzender: Dr. Wilfried Oehry

Die Statistikkommission berät die Regierung und das Amt für Statistik in allen wichtigen Fragen der öffentlichen Statistik. Zu den Aufgaben der Kommission gehören die Begutachtung des statistischen Mehrjahresprogramms, die Begutachtung von Änderungen der rechtlichen Grundlagen sowie die Erarbeitung von Vorschlägen zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik.

Im Berichtsjahr traf sich die Statistikkommission zu zwei Arbeitssitzungen. Besprochen wurden das Statistische Programm 2010 bis 2011, die Vorbereitungen der Volkszählung 2010, das Bild der liechtensteinischen Statistik in der Bevölkerung und in der Wirtschaft, der Besuch des EFTA Statistical Office in Liechtenstein und die Bevölkerungsstatistik.

Die Regierung bestellte am 28. Juni 2010 die Statistikkommission für die Mandatsperiode 2010 bis 2014 neu. Sie setzt sich zusammen aus Herrn Josef Beck, Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer (LIHK), Herrn Klaus Büchel, Vereinigung Bäuerlicher Organisationen (VBO), Frau Esther Eggenberger, Liechtensteinischer Bankenverband (LBV), Herrn Robert Kaiser, Liechtensteinischer ArbeitnehmerInnenverband (LANV), Herrn Jürgen Nigg, Wirtschaftskammer Liechtenstein, und Herrn Gemeindevorsteher Norman Wohlwend. Vorsitzender der Statistikkommission ist Herr Dr. Wilfried Oehry als Leiter des Amtes für Statistik.